

Ist eine strategische Partnerschaft möglich? Für ein neues Verhältnis zwischen Europa und Afrika

Kappel, Robert

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kappel, R. (2021). Ist eine strategische Partnerschaft möglich? Für ein neues Verhältnis zwischen Europa und Afrika. *WeltTrends: das außenpolitische Journal*, 29(175), 19-24. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-73071-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0>

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Afrika und Europa **Ein strategisches Bündnis?**

Ist Partnerschaft möglich?
Neuer Pakt für Afrika
Der CFA-Franc
Portugal und Afrika

WeltBlick

Der Coup in Myanmar
China und die Korruption

Forum: Russische Außenpolitik

Analyse

Humanitäre Interventionen

Kommentar

NATO ohne Kompass?

ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-62-3



4

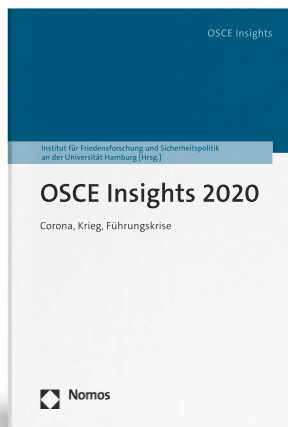
191574

105805



10175

Analysen zu Sicherheit und Verteidigung



OSCE Insights 2020

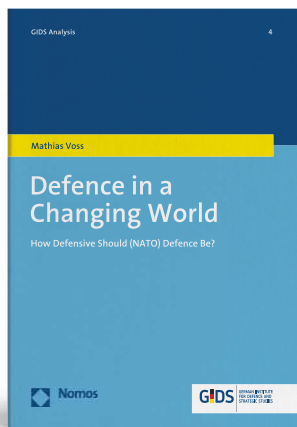
Corona, Krieg, Führungskrise

Herausgegeben vom Institut für Friedensforschung- und Sicherheitspolitik (IFSH)

2021, ca. 80 S., brosch., ca. 26,— €

ISBN 978-3-8487-7121-9

Erscheint im 2. Quartal 2021



Defence in a Changing World

How Defensive Should (NATO) Defence Be?

Von Mathias Voss

2021, 115 S., brosch., 34,— €

ISBN 978-3-8487-7942-0

(GIDS Analysis, Bd. 4)

In englischer Sprache

 Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei online unter nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



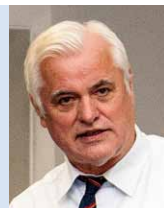
Nomos

Ist er nun gekommen, der Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Staaten Afrikas? Immer wieder wird er angemahnt, immer wieder werden die Hoffnungen enttäuscht. Nun gibt es eine neue Initiative der EU, und Beobachter sprechen von einem „echten Paradigmenwechsel“ im europäisch-afrikanischen Verhältnis. Es geht um die „Europäische Friedensfazilität“ (EFF), mit der im Umfang von fünf Milliarden Euro „internationale Stabilität und Sicherheit“ gestärkt werden sollen, durch Auslandseinsätze und (erstmalig) auch durch Waffenexporte. Zielregion dieser EU-Initiative ist Afrika, vor allem die Sahelzone, aber auch die Kapregion. Nun wird die Friedensnobelpreisträgerin EU zur Waffenhändlerin. Wahrlich ein Paradigmenwechsel! Robert Kappel, Gastherausgeber des *Themas*, würde dies in seine Liste der „vergifteten Angebote“, die die EU den afrikanischen Staaten über die Jahre gemacht hat, aufnehmen. Afrikanische und deutsche Autorinnen und Autoren diskutieren in diesem Heft die Notwendigkeit einer Partnerschaft, aber auch die Hindernisse für ein gleichberechtigtes Miteinander. Es bleibt der Eindruck, dass es trotz vieler Deklarationen und Aktivitäten zu wenig substantieller Veränderung kommt.

Wie schwer es ist, Strukturen und Sichten zu verändern, zeigen auch andere Texte in diesem Heft: In Myanmar versuchen die Militärs den langsamen, aber stetigen Prozess der Demokratisierung mit brutaler Gewalt aufzuhalten, aber es gibt Widerstand; in China wird mit recht drastischen Mitteln, zu denen auch die Todesstrafe gehört, die Korruption bekämpft, der Erfolg ist eher vage. Und wird sich die westliche Sicht auf die Weltgeschichte, vor allem des 20. Jahrhunderts, ändern? Zweifel sind angebracht. Um die Feinjustierung unserer Sichten auf Russlands Rolle in der Weltpolitik geht es im *Forum*, wo wir die Debatte fortsetzen. *Last but not least* warnt Hans-Heinrich Nolte, die Regeln des Völkerrechts nicht weiter durch unklare Konzepte wie das der „humanitären Interventionen“ zu untergraben. Genau dies geschieht heute in Afrika, und mit der neuen EU-Initiative werden wir noch mehr davon bekommen. 🌐

Potsdam, im April 2021


Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur



4

WeltBlick

- 4 Der Coup in Myanmar
Ralf Havertz
- 10 Chinas Kampf gegen Korruption
Georges Hallermayer



14

Gastkommentare

- 14 Westlicher Narzissmus und globales Weltverständnis
Florian Keisinger
- 17 Nein zur atomaren Abschreckung!
Christen fordern Engagement der EKD
Joachim Garstecki

19

Thema: Afrika und die EU

- 19 Für ein neues Verhältnis
Robert Kappel
- 26 Partnerschaft und ihre Diskrepanzen
Liisa Laakso
- 32 Plädoyer für einen Migrations- und Beschäftigungspakt
Theo Rauch
- 37 Der CFA-Franc: Eine polarisierende Währung
Dela Apedjinou
- 42 Tradition verpflichtet: EU-Ratspräsident Portugal und Afrika
Andreas Bohne





| | |
|---|-----------|
| Analyse | 50 |
| Für eine Begrenzung der humanitären Intervention! <i>Hans-Heinrich Nolte</i> | |

| | |
|--|-----------|
| Forum: Russische Außenpolitik | 55 |
| Russland im neuen globalen Kräfteverhältnis <i>Wilfried Schreiber</i> | 55 |
| Weltbühne oder Verbleib im Nationaltheater? <i>Wulf Lapins</i> | 59 |

| | |
|------------------|-----------|
| Impressum | 63 |
|------------------|-----------|

| | |
|--|-----------|
| Bücherschau | 64 |
| <i>Von einer „versunkenen Welt“ und einer Utopie</i> | |

| | |
|--------------------|-----------|
| Leserbriefe | 68 |
|--------------------|-----------|

| | |
|---|-----------|
| NATO: Vom „Hirntod“ zur globalen Reichweite? | 70 |
| <i>Kommentar von Hubert Thielicke</i> | |

| | |
|--------------------------|-----------|
| Wort & Strich | 72 |
|--------------------------|-----------|

Der Coup in Myanmar

Ralf Havertz

Am 1. Februar 2021 endete das demokratische Experiment in Myanmar vorerst mit dem Einschreiten des Militärs. Aung San Suu Kyi, die De-facto-Regierungschefin, und der Präsident des Landes, Win Myint, wurden zusammen mit weiteren Partei- und Regierungsfunktionären verhaftet. Das Militär unter Führung von General Min Aung Hlaing übernahm die Regierungsgeschäfte und verhängte für ein Jahr den Ausnahmezustand über das südostasiatische Land.

Weiße Teile der Bevölkerung reagierten mit Empörung auf diesen Militärcoup, und viele trugen ihren Protest dagegen auf die Straße. Im Februar und März 2021 gab es eine Reihe von Demonstrationen mit mehreren Hunderttausend TeilnehmerInnen. Proteste wurden nicht nur aus Yangon (Rangun) und der Hauptstadt Naypyidaw gemeldet, sondern auch aus vielen anderen Städten. Eine Bewegung des zivilen Ungehorsams formierte sich, die sich vorwiegend aus StudentInnen und ArbeiterInnen zusammensetzt und die mit ihren Demonstrationen für eine Wiedereinsetzung der mit großer Mehrheit gewählten Regierung eintritt. Zu den Methoden der Protestbewegung gehört auch das Fernbleiben von der Arbeit. Seit Wochen steht das öffentliche Leben in Myanmar praktisch still, weil ein großer Teil der Beschäftigten nicht zur Arbeit erscheint.

Armee und Polizei versuchten, die größtenteils friedlichen Proteste mit brutalen Maßnahmen zu unterbinden. Kamen zuerst nur Wasserwerfer und Tränengas zum Einsatz, so blieb es nicht dabei. Bald wurde von den Sicherheitskräften scharf und gezielt auf die zumeist jungen DemonstrantInnen geschossen. Nach Informationen der Associated Press sind bis Anfang April mindestens 550 Personen getötet worden, darunter mehrere Dutzend Kinder. Über 2.750 Menschen wurden von der Soldateska verhaftet und teilweise im Schnellverfahren abgeurteilt. Die Proteste ließen trotz des erhöhten Einsatzes von Gewalt seitens des Militärregimes nicht nach. Mit der Entschlossenheit der DemonstrantInnen auf der einen Seite und der Unnachgiebigkeit des Militärs auf der anderen sieht das Land mittelfristig einer unsicheren und instabilen Situation entgegen.



Der Hintergrund des Coups

Der Zeitpunkt des Putsches kam nicht von ungefähr. Am 2. Februar hätte das neue Parlament eingeschworen werden sollen. Damit hätte die überwältigende Mehrheit von über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen, die von Aung San Suu Kyis Partei, der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), bei den Wahlen am 8. November 2020 erreicht worden war, in einer entsprechenden Sitzmehrheit im Parlament resultiert. Dem wollte das Militär, dessen Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (SEPU) Verliererin der Wahlen war, mit dem Putsch zuvorkommen. Das Einschreiten wurde seitens des Militärs mit Vorwürfen des Wahlbetrugs begründet, für die es bislang keine Beweise vorgelegt hat.

Aung San Suu Kyi, die in ihrer Position als Staatsrätin großen Einfluss auf die Regierungsgeschäfte hatte, und der mit ihr eng verbundene Präsident des Landes, Win Myint, wurden am 1. Februar verhaftet. Aung San Suu Kyi, die überragende Führungsfigur der Demokratiebewegung

Myanmar sieht mittelfristig einer instabilen Situation entgegen.

in Myanmar,¹ konnte nach dem Wahlsieg ihrer Partei im Jahr 2015 nicht Präsidentin werden, weil sie nahe Verwandte im Ausland hat. Ihre beiden Söhne haben die britische Staatsbürgerschaft. Die Verfassung des

Landes verbietet die Präsidentschaft von Personen mit solchen familiären Beziehungen ins Ausland. Dennoch ist sie vielfach als De-facto-Regierungschefin beschrieben worden, was aus Präsident Win Myint wiederum eher eine Repräsentationsfigur machte. Es handelt sich hier um ein Arrangement, das der Verfassung Myanmars eigentlich zuwiderläuft, denn darin ist das politische System als Präsidialsystem beschrieben, das dem Präsidenten große Machtbefugnisse einräumt.

Der Aufenthaltsort von Aung Sang Suu Kyi und Win Myint ist nicht bekannt. Allerdings hat die Politikerin im März an den ersten gerichtlichen Terminen über eine Online-Schaltung teilgenommen. Ihr wird die Verletzung mehrerer Gesetze vorgeworfen. Zusammen mit Präsident Win Myint ist sie wegen Anstiftung zur Unruhe angeklagt. Weiterhin wird sie beschuldigt, verbotene Kommunikationsmittel verwendet zu haben. Bei der Durchsuchung ihrer Büros wurden Funkgeräte gefunden, für deren Besitz sie keine Erlaubnis hatte. Diese Vorwürfe und Anschuldigungen

1 Sie ist die Tochter von Aung San, dem Führer der burmesischen Befreiungsbewegung. Die Verehrung, die sie von großen Teilen der Bevölkerung erfährt, kann daher auch als ererbtes Charisma im Sinne von Max Weber verstanden werden.

gegen beide Politiker waren Vorwand für die Intervention des Militärs. Offensichtlich ist der Demokratisierungsprozess in Myanmar den Militärs zu weit gegangen. Mit der Mehrheit, die von der NLD bei den Wahlen im November errungen wurde und mit der die Partei ihren Vorsprung vor der SEPU aus den Wahlen im Jahr 2015 noch weiter ausbauen konnte, hätte sich die Demokratisierung weiter verfestigt. Das war aus Sicht des Militärs eine Bedrohung, denn damit hätte sich dessen politischer Einfluss sowie die wirtschaftlichen Möglichkeiten, von denen das Militär in der Vergangenheit regen Gebrauch gemacht hatte, verringert. Diesem schleichenden Kontrollverlust sollte mit dem Putsch vom 1. Februar ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Demokratisierungsprozess und Aung San Suu Kyi

Mit Blick auf die Demokratie in Myanmar konnte man bis zum Coup vom Februar allenfalls von einem zarten Pflänzchen sprechen, aber keinesfalls von einem voll ausgewachsenen und stabilen demokratischen System. Die Generäle haben seit 1962 in Myanmar politisch das Sagen. Damals hatten sie das erste demokratisch-sozialistische System mit einem Coup beendet. Danach schotteten sie das Land über Jahrzehnte hinweg von der Außenwelt ab. Nur zögerlich entschieden sie sich für eine Öffnung und schrittweise Demokratisierung. Ein Meilenstein war dabei im Jahr 2012 der Einzug Aung San Suu Kyis ins Parlament. Sie erlangte in einer Nachwahl einen der ihrer Partei zufallenden Sitze. Als unnachgiebige Führungsfigur der Demokratiebewegung hat Aung San Suu Kyi seit Ende der 1980er Jahre *die* entscheidende Rolle bei der Demokratisierung ihres Landes gespielt und dafür circa 15 Jahre ihres Lebens in Unfreiheit verbracht, während derer sie unter Hausarrest gestellt war. Für dieses Engagement ist sie mit vielen Preisen ausgezeichnet worden, so etwa im Jahr 1991 mit dem Friedensnobelpreis.

Nach dem Erdrutschsieg der NLD bei den Wahlen im Jahr 2015 gelang es ihr dann, mit ihrer Partei die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Zu einer vollständigen Aufgabe ihrer politischen Macht waren die Generäle aber auch in den Jahren nach 2015 nicht bereit. Sie haben ein Viertel der Sitze im Parlament sowie eine Reihe von Ministerien in der Regierung für sich reserviert. So bestimmt das Militär über die Leitung des Verteidigungsministeriums. Mit dem erneuten, überwältigenden Sieg der NLD bei den letzten Wahlen sahen die Generäle sich weiter geschwächt,

sodass ihnen auch diese Regelungen für ihre Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen nicht mehr ausreichten. Nach den Jahren 1962 und 1988 hat das Militär der Demokratie nun zum dritten Mal in der postkolonialen Geschichte des Landes mit einem Putsch den Boden entzogen.

Der internationale Zusammenhang

Die Vorgänge in Myanmar haben auch eine internationale Dimension. Die graduelle Öffnung und Demokratisierung des Landes in den letzten Jahren ist im Zusammenhang mit dem verstärkten US-amerikanischen Engagement in der Region während der Präsidentschaft Barack Obamas zu sehen. Die Wiederherstellung einer zivilen Regierung in Myanmar

Die Rückkehr der Militärs ist ein Gewinn für China und ein Verlust für die USA.

im Jahr 2010 wurde von der Obama-Regierung als große diplomatische Leistung gefeiert. Die folgende Administration hatte mit der weltweiten Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten nicht viel im Sinn. Dieser nachlassende Druck und das gleichzeitig verstärkte Engagement Chinas in der Region, das sich etwa in der Vereinbarung für den Bau eines Tiefwasserhafens in Kyaukpyu bei Xi Jinpings Besuch im letzten Jahr gezeigt hat, dürften das Militär zu dem Umsturz ermutigt haben. China hatte die Militärdiktatur in Myanmar nach 1962 stark unterstützt. Doch die Beziehungen zwischen Myanmar und China sind in den Jahren der Demokratisierung nach 2010 deutlich abgekühlt. Die Rückkehr der Militärs an die Macht muss daher auch vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen den beiden Großmächten China und USA in Südostasien gesehen werden. Sie ist als Gewinn für die chinesische und Verlust für die US-amerikanische Seite zu werten.

Fazit

Die Stärke und Entschlossenheit der Demokratiebewegung in Myanmar darf nicht unterschätzt werden. Während die Generäle momentan die Oberhand haben, könnte sich die Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte langfristig als Bumerang erweisen. Das Internet und die sozialen Medien bieten der Protestbewegung neue Möglichkeiten der Mobilisierung. Dessen ist sich auch das Militärregime bewusst,

das in den ersten Tagen des Protests mit einer weitgehenden Abschaltung des Internets reagierte. Dennoch ist es für die Generäle schwieriger geworden, alternative Informationen zu unterdrücken. Hinzu kommt die große Popularität Aung San Suu Kyis, die nach ihrer Festnahme nochmals zugenommen hat. Diese Popularität hatte bei der Mehrheit der Bürger des Landes auch nicht nachgelassen, als Aung San Suu Kyi sich gegenüber dem Schicksal der Rohingya, an denen das myanmari-sche Militär den Vereinten Nationen zufolge einen Genozid begangen hat, sehr gleichgültig zeigte. International hat das zu einem starken Verlust ihrer Glaubwürdigkeit als Aktivistin für Demokratie und Menschenrechte geführt. In Myanmar gilt sie jedoch weiterhin als Mutter der Demokratie. 🌐

Prof. Dr. Ralf Havertz

geb. 1965, Politikwissenschaftler, Keimyung University, Daegu, Südkorea
rhavertz@gmail.com



ANZEIGE



Arne C. Seifert

Friedliche Koexistenz in unserer Zeit

Im Jahr 2021 steht die NATO, militärisch und ideologisch hochgerüstet, auf Russlands europäischer Türschwelle. Ihr letztes, direkt ins Innere Russlands führendes Schlupfloch – die Krim – hat Russland geschlossen und wird es auch nicht wieder öffnen.

Arne C. Seifert analysiert aus friedenspolitischer Perspektive den West-Ost-Konflikt und seinen neuen Kalten Krieg.

Von Fliegen und Tigern

Chinas Kampf gegen Korruption

Georges Hallermayer

Die Armut auszurotten – was sich die chinesische Regierung bis 2020 vorgenommen hatte – ist geschafft. Um das Erreichte zu sichern und die Entwicklung weiterzutreiben, um bis zum 100. Jahrestag der Volksrepublik einen bescheidenen Wohlstand für alle zu erreichen, wird es auch nötig sein, die Kluft zwischen Arm und Reich in China zu verringern, damit die heimische Bourgeoisie von einer „Klasse an sich“ nicht zur „Klasse für sich“ (Karl Marx) wird. Darum auch der scharfe Kampf gegen Korruption und die Hegemonie des Finanzsektors.

Im Jahr 2020 griff die Zentralbank Chinas hart durch: Ihre Strafzahlungen in 417 Fällen erreichten die Rekordhöhe von umgerechnet 97 Millionen US-Dollar – dreimal so viel wie im Jahr zuvor und fast fünfmal so viel wie 2017, so die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC).¹ Geahndet wurden Verfehlungen, die darin bestanden, „nicht angemessen gegen Geldwäsche“ vorgegangen zu sein, was vor allem Banken und ihre Manager betraf. Als „Tumor an den Kapitalmärkten“ bezeichnete Yi Huiman, der Chef der zuständigen Aufsichtsbehörde, diese Unternehmen.² Nach dem Monopol-Konglomerat Alibaba und der Ant Group von Jack Ma nahm die Zentralbank im Januar auch die neuen Handy-Bezahldienst-Monopole wie Alipay mit 55,39 Prozent Marktanteil und WeChat Pay der Tencent Holdings mit einem Marktanteil von 38,47 Prozent ins Fadenkreuz.³ Neue Regularien sollen mit „diversifizierten Maßnahmen“ systemische Risiken minimieren. Die Regulierungsbehörde für Banken und Versicherungen (CBIRC) hat – entsprechend den Beschlüssen des KP-Politbüros und der Zentralen Wirtschafts- und Arbeitskonferenz (CEWC) – für das Jahr 2021 den Finanzsektor im Fokus. Es geht um Asset-Management, Hedgefonds und die Immobilienblase.

Ein hochrangiger Manager der Finanzaufsicht in der nordostchinesischen Provinz Liaoning hatte sich zuletzt selbst der CCDI gestellt und damit eine

1 Caixin Global, 13. Jan. 2021: Charts of the Day: China's Money Laundering Penalties Hit Record in 2020.

2 Caixin Global, 19. Jan. 2021: In Depth: Dishonest Drugmaker Shows How Hard It Is to Combat Cross-Border Fraud in China.

3 Caixin Global, 24. Jan. 2021: Cover Story: Cross-Border Cooperation Is Key to Fighting Securities Fraud, CSRC Chief Says.

3 Caixin Global, 22. Jan. 2021: China's New Monopoly Rules Put Fintech Giants in the Crosshairs.



Hüterin der chinesischen Finanzen? Zentrale der Volksbank in Beijing

Reihe von Fällen losgetreten. Die Art der schweren Gesetzesverstöße wurde indes nicht mitgeteilt. Die Provinzregierung plant nunmehr, zwölf lokale Geschäftsbanken zusammenzuschließen, um neben einer „klaren Aktionärsstruktur und reichlicher Kapitalausstattung „eine strenge interne Risikokontrolle und gute Unternehmensführung“ zu haben.

Ein weiterer mit der Finanzaufsicht betrauter Beamte, der frühere Chef der CBIRC in der Provinz Shanxi, Zhang Anshun, wurde aus der Partei ausgeschlossen und den Untersuchungsbehörden überstellt, wie *Caixin* am 29. Januar 2021 meldete.⁴ Ihm werden schwere Gesetzesverstöße wie Machtmissbrauch und Bestechlichkeit vorgeworfen.

Delikte wie Bestechung und Veruntreuung verfolgt die Zentralbank nicht, darum kümmert sich hocheffektiv – noch verschärft seit dem Antritt Xi Jinpings als Parteichef – die Zentrale Disziplinarkommission (CCDI), die beim Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas angesiedelt ist.

Die Rekordsumme von 277 Millionen US-Dollar an Bestechungsgeldern hatte etwa Lai Xiaomin, der frühere Chef von Huarong Asset Management, in den Jahren 2008 bis 2018 im Austausch für Finanzierungen,

277 Mio. US-Dollar hatte Lai Xiaomin, der Boss von Huarong Asset Management, angenommen.

4 *Caixin Global*, 29. Jan. 2021: Former Shanxi Banking Regulator Faces Criminal Charges.

Beförderungen und mehr nachweislich angenommen. Huarong ist eine der vier größten staatlichen Bad Banks, in denen dubiose Kredite konzentriert sind. Der „Feind innerhalb des Finanzsystems“, ⁵ so die *watchdogs* genannten Fahnder der CCDI, wurde auch wegen Bigamie und Absprache mit anderen zur Veruntreuung von öffentlichen Geldern in Millionenhöhe – eine „Bedrohung der finanziellen Sicherheit und Stabilität des Landes“ – verurteilt. Letztlich wurde Lai Xiaomin am 5. Januar 2021 in Tianjin zum Tode verurteilt und sein persönliches Eigentum eingezogen, wobei *Le Monde* behauptet, die über eine Million (von 80 Millionen) Parteigenossen, die gemäßregelt wurden, wegen „Kritik an der Partei und ihrem Chef“ verfolgt worden seien. ⁶ Das Todesurteil wurde am 29. Januar 2021 vollstreckt.

Mit einer lebenslangen Strafe kam derweil der ehemalige Chef der größten politischen Bank Chinas, der China Development Bank (CDB) davon. Hu Huaibang hatte in der Zeit von 2009 bis 2019 über 13 Millionen US-Dollar an Bestechungsgeldern angenommen, um seine Macht

Der Kampf gegen Korruption ist in China eine Daueraufgabe.

auszunutzen, Firmen zu schmieren und sich Finanzierungen und Beförderungen zu erleichtern, hieß es in einer Erklärung des Gerichts. Der Prozess deckte eine Seilschaft auf. Verwickelt sind etwa der frühere Chef der Kommunistischen Partei in der Provinz Gansu, Wang Sanyun, der zu 12 Jahren Haft verurteilt wurde. Gegen Wang Chang, einen Günstling Hu Huaibangs in der Shanghaier Zweigstelle der CDB und Ya Jianming, den Gründer des riesigen Mischkonzerns CEFC China Energy, wird noch ermittelt. Ebenso im Fadenkreuz steht Li Ge, leitender Manager von Chinas größter Treuhandgesellschaft, der Citic Trust. Er befinde sich in Untersuchungshaft, so die Muttergesellschaft Citic Group.

Nach den Worten von Chinas Präsident Xi Jinping sollten „Fliegen verschuecht“ (aus der Partei ausgeschlossen), „aber Tiger in den Käfig“, also eingesperrt werden. Im Vorfeld der fünften Plenarsitzung der 19. Zentralen Disziplinkommission (CCDI) im Januar wurde bekannt, dass vier weitere gefangene „Tiger“, regionale Parteichefs, aus der Partei ausgeschlossen und im letzten Halbjahr den Untersuchungsbehörden überstellt wurden. ⁷ Deng Huilin, früher Polizeichef und stellvertretender

5 Caixin Global, 20. Jan. 2021: Corrupt Bad Bank Chief Was 'Enemy Within' Watchdogs Say.

6 Le Monde, 29. Jan. 2021: Lai Xiaomin, ex-PDG d'un fonds d'investissement, exécuté pour corruption en Chine.

7 Caixin Global, 4. Jan. 2021: Four Party 'Tigers' Punished Ahead of Corruption Watchdog's Key Meeting.

Bürgermeister der Megacity Chongqing, habe auf Partys Cliques gebildet und Schmiergelder akzeptiert. Wen Guodong, früher Vize-Gouverneur der Provinz Qinghai, zog vor allem Vorteile aus illegalen Kohlenminen. Die Angeklagten hätten ein ausschweifendes Leben geführt, „illegal Golf gespielt, private Clubs und Banketts besucht, Geschenke und Gratisleistungen angenommen, für die die Mitarbeiter hätten zahlen müssen“.⁸

Der Kampf gegen Korruption, auch wenn er noch so konsequent geführt wird, ist in China eine Daueraufgabe. „Bürokratie, Verschwendung und Extravaganz auszurotten“ (Präsident Xi Jinping), bleibt eine Herausforderung, solange bürgerliche Ideologie den Egoismus befördert. Das Ausmisten dieses Stalls ist nicht nur dem Kraftakt eines Herakles vorbehalten, sondern bedarf eher dem ständigen Mühen eines Sisyphos. Dies ist in China nicht nur die Aufgabe eines Komitees, sondern wird von einer Vielzahl von Whistleblowern und den Aktivitäten von Gewerkschaftern und Mitgliedern der Betriebsgruppen der Kommunistischen Partei unterstützt. 🌐

Georges Hallermayer

geb. 1946, Historiker, Mitglied im Vorstand der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal. Dozent und stellvertretender Centrumsleiter bei den Carl-Duisberg-Centren. Viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar

Blog: weltsolidaritaet.blogspot.com.



WeltTrends 145 | November 2018

Chinas Großer Sprung

„Großer Sprung nach vorn“, so nannte Mao Zedong 1958 eine Kampagne, mit der die Volksrepublik China zu einem modernen Industrieland gemacht werden sollte. Nach Maos Tod setzten sich pragmatische Kräfte an der Spitze Chinas durch. Unter Führung von Deng Xiaoping stellten sie vor 40 Jahren, auf der 3. Tagung des XI. Zentralkomitees, die Weichen neu und bereiteten so Chinas tatsächlichen „Großen Sprung“ vor. Im Thema analysieren chinesische und deutsche Autoren historische, politische und ökonomische Aspekte dieser Entwicklung.

WeltTrends, Potsdam 2020 | ISBN 978-3-945878-98-9 | 4,80 €

Westlicher Narzissmus und globales Weltverständnis

Florian Keisinger

Der indische Autor Pankaj Mishra fordert die westlichen Intellektuellen auf, die Dekolonisation als wichtigstes historisches Ereignis des 20. Jahrhunderts anzuerkennen.

It is not easy to stop beating the old drums“, schreibt der indische Autor Pankaj Mishra in der November-Ausgabe der *New York Review of Books* (eine deutsche Übersetzung des Textes erschien in: Merkur, Heft 861, Februar 2021). Er warnt die westlichen Intellektuellen davor, mit dem Abtritt Trumps in alte Denkmuster zurückzufallen. Denkmuster, die bereits vor Trump obsolet gewesen seien, da sie nicht mehr den Realitäten einer nicht länger westlich zentrierten Welt entsprächen. Augenscheinlichstes Merkmal dafür ist laut Mishra das Narrativ vom Siegeszug der Demokratie, Marktwirtschaft und Technologie als den zentralen Gestaltungskräften der globalisierten Welt, das seit den 1970er Jahren und nochmals verstärkt seit 1990 als alternativlose Zukunftserzählung des Westens herhalten müsse. Ihren Höhepunkt habe diese Weltendeutung ausgerechnet 2008 mit der Wahl Obamas erreicht, die selbstgefällig als der Eintritt des Westens in ein „*post-racial age*“ interpretiert worden sei.

Eintritt in neue Zeitrechnung?

Tatsächlich aber, so Mishra, ist die Welt mit den Attentaten des 11. September 2001 in eine neue Zeitrechnung eingetreten. Deren Kennzeichen sei, dass viele bis dahin gültige Vorstellungen ihre Gültigkeit verloren hätten. Etwa die Erwartung der sukzessiven Anpassung Chinas an westliche Werte und Verfahren. Heute werde China autoritär geführt und habe sich dennoch zu einem Zentrum des globalen Handels und der Weltfinanzströme entwickelt. Oder Indien, im Westen gerne als weltweit größte Demokratie und Gegenpol zu China gepriesen; mittlerweile werde das Land von Hindu-Nationalisten regiert, deren Ideologie an die faschistischen europäischen Bewegungen der 1920er Jahre angelehnt sei. Und der Westen selbst werde von rechten Demagogen überrannt, deren

Erfolge auf der persönlichen Enttäuschung ihrer anti-marktwirtschaftlich und antidemokratisch gesinnten Wählerschaften beruhen.

Trotz alledem scheint sich der Westen in diesen Tagen an den Strohalm Biden zu klammern. Und an die Hoffnung, dass mit ihm die liberale Ordnung und die westliche Vormachtstellung wieder in den Mittelpunkt des Weltgeschehens rücken werden. Das aber wird nicht passieren, warnt Mishra, solange der Westen nicht grundsätzlich bereit ist, die neuen globalen Kräfte unserer Gegenwart intellektuell anzuerkennen.

Wider die bequemen Intellektuellen des Westens

Womit Mishra bei den Adressaten seiner Kritik angelangt ist, den bequemen und denkfaulen Intellektuellen des Westens. Sie hätten ab den 1970ern ihr kritisches Denken abgelegt und konzentrierten sich seither vornehmlich auf die Sicherung ihres individuellen Wohlstandes. Anders formuliert, der Kapitalismus habe seine einst zaghaften Kritiker aufgefressen und als konforme Marktapologeten wieder ausgespuckt. Ganz besonders gelte dies für die jüngere Generation, deren soziale und intellektuelle Prägung während der Phase des westlichen Triumphalismus der 1990er Jahre erfolgt sei – jener Zeit, als mit Francis Fukuyama die Klassenfrage abgeschafft und stattdessen die umfassende Gleichheitsdynamik des Westens propagiert wurde. Als Sinnbild dieses technokratisch-westlichen Fortschritts(irr)glaubens nennt Mishra den Kognitionspsychologen Steven Pinker, der alle paar Jahre seine Datenbanken durchwühle, um zu dem Resultat zu gelangen, dass alles immer besser werde.

Bis hierhin vermag man Mishra zu folgen. Natürlich ließe sich die von ihm plakativ skizzierte intellektuelle Konformität „des Westens“ mit dem einen oder anderen Gegenbeispiel aufbrechen. Allerdings lässt sich in der Tat konstatieren, dass seine Kritik etwa im Hinblick auf die politischen Theoriedebatten seit den 1990ern nicht ganz unberechtigt ist. Dass mit einem Präsidenten Biden die Trump-Jahre als Systemversehen abgehakt werden können, und man nun umgehend zu einem „business as usual“ zurückgelangt, glaubt hingegen auch im Westen kaum jemand ernsthaft.

Problematischer wird es, wenn Mishra darlegt, was westliche Intellektuelle unternehmen müssen, um ihre narzisstisch-verblendete Weltsicht abzulegen und sich den Realitäten einer neuen globalen Ordnung zu stellen. Denn hier rangiert an vorderster Stelle nicht die von Mishra völlig zu

Recht eingeforderte intellektuelle Öffnung gegenüber anderen Weltregionen und der Diskurs mit Wissenschaftlern und Schriftstellern, denen man im Westen bislang nicht die verdiente Aufmerksamkeit widmet (Mishra nennt hier unter anderen den ägyptischen Ökonom Samir Amin, den indischen Psychologen Ashis Nandy und die marokkanische Feministin Fatema Mernissi). Sondern: Die Anerkennung der Dekolonisation als das zentrale historische Ereignis des 20. Jahrhunderts

„The central event of the twentieth century“

Nun steht die Bedeutung des Endes der westlichen Kolonialreiche für die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht in Frage. Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur, aber auch die Politik der betroffenen Staaten befassen sich damit seit Jahren eingehend. Mit seiner Forderung, die Dekolonisation zum herausragenden historischen Ereignis des vergangenen Jahrhunderts zu erklären, und damit auch zum Herzstück westlichen Erinnerns, geht Mishra aber nicht nur geschichtswissenschaftlich einen Schritt zu weit. Er berührt ein Fundament des westlichen Werteverständnisses, das sich ganz wesentlich, nicht nur in Deutschland, aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und der Anerkennung der Einzigartigkeit des Holocaust herleitet.

Das alles weiß Mishra. Und dennoch drängt er auf eine Umwertung dieses historischen Erfahrungssockels als Voraussetzung eines angemessenen westlichen Weltverständnisses sowie des Dialogs über die Erdteile und Kulturen hinweg. So Recht Mishra mit seiner Kritik am „westlichen“ Phlegmatismus beim Blick auf die nicht-westliche Welt grundsätzlich hat, so provokant ist sein Aufruf zur Neujustierung historischer Ereignisse und Zusammenhänge des 20. Jahrhunderts. Westliche Intellektuelle sind gut beraten, ihm in diesem Punkt nicht zu folgen. 🌐



Florian Keisinger

geb. 1979, Historiker und arbeitet bei Airbus

florian.keisinger@gmail.com

Nein zur atomaren Abschreckung!

Evangelische Christen fordern mehr Engagement der EKD

Joachim Garstecki

60 in der kirchlichen Friedensarbeit engagierte Christinnen und Christen haben am 1. Februar den Aufruf „Ein Nein ohne jedes Ja zu Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ veröffentlicht. Der Aufruf würdigt das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2021 als Ereignis von historischer Bedeutung, da die ausdrückliche völkerrechtliche Ächtung der Drohung mit Kernwaffen auch eine Delegitimierung der atomaren Abschreckung bedeutet. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, hat in einer Pressemitteilung vom 18. Januar 2021 im Hinblick auf den UN-Verbotsvertrag betont, er sehe sich einig mit der weltweiten Christenheit, „dass Atomwaffen friedensethisch nicht mehr zu rechtfertigen sind“, aber jeglichen Bezug auf die atomare Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung vermieden.

Die Initiatoren des Aufrufs vom 1. Februar meinen: „Was fehlt, ist die Forderung nach Abkehr von der Doktrin der atomaren Abschreckung“. Abschreckung ist eine Strategie der Kriegsverhütung, die auf Androhung „gegenseitig gesicherter Vernichtung“ der Atommächte USA und Sowjetunion und ihrer Verbündeten basierte, falls die Abschreckung versagen sollte. Von den christlichen Kirchen friedensethisch lange Zeit als „Gnadenfrist“ geduldet, hat sich die kriegsverhütende Funktion der atomaren Abschreckung inzwischen in Richtung Kriegsführung – und damit in ihr Gegenteil – verkehrt. Die christliche Friedensethik hat diese Strategie zum Zwecke der Kriegsverhütung zunächst geduldet, heute ist sie überzeugt, dass unter der Drohkulisse von Atomwaffen kein nachhaltiger Frieden entstehen kann. Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 zog daraus die Konsequenz: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ Die politischen und strategischen Folgen aus dieser Einsicht blieben aber ungeklärt. Das „Parlament“ der EKD, die EKD-Synode, verabschiedete 2019 in Dresden eine Friedenskundgebung, in der man aber das Ziel „Überwindung der atomaren Abschreckung“ vergebens sucht. Damit fällt die EKD friedensethisch auf die Position von 1959 zurück, wonach die Beteiligung an dem Versuch, Frieden mit Atomwaffen zu sichern, *„als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise“* qualifiziert wird (Heidelberger Thesen, Nr. VIII). Es entsteht der

Eindruck, die EKD wolle sich unter dem Leitbild „Gerechter Frieden“ am Problem der atomaren Abschreckung vorbeismogeln.

Die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR waren, gestützt auf ihre Friedensarbeit und ökumenische Kooperationen, einen eigenen Weg gegangen. Angesichts der geplanten „Vor- und Nachrüstung“ mit atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa begannen sie 1982 einen intensiven theologischen und friedensethischen Dialog. Auf der Bundessynode 1987 in Görlitz sprachen sie sich für eine „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ durch Massenvernichtungswaffen als verbindliches Bekenntnis ihrer Kirchen aus. Die Ökumenische Versammlung von 16 beteiligten Kirchen in der DDR nahm 1989 diese Position mit dem Satz auf: „Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage.“ Sie benannte konkrete Schritte für die Überwindung des Abschreckungssystems durch ein System gemeinsamer Sicherheit und schloss sich damit dem Bericht der Palme-Kommission von 1982 an.

Die „Absage“ der Brüder und Schwestern in der DDR an die atomare Abschreckung wurde in der EKD mit Unverständnis quittiert und als „DDR-Sondergut“ behandelt. Ihre Bedeutung als theologisch qualifizierte Antwort auf Atomrüstung und atomare Abschreckung wird bis heute ignoriert. Das sollte sich ändern, denn der Beschluss von Görlitz 1987 ist hochaktuell. Er gewinnt im Kontext des Atomwaffenverbotsvertrages eine ganz neue Anschlussfähigkeit an internationale Politik und Völkerrecht – auch wenn der Vertrag bisher nur für 52 Staaten verbindlich ist. Seine unverhoffte politische Relevanz bestätigt, was die Kirchen in der DDR in der Friedensfrage stets vertreten haben „und was sich inhaltlich theologischer Einsicht verdankt und nicht der Tatsache, dass die Kirche nicht an der politischen Macht beteiligt war“, so Werner Krusche, der von 1968 bis 1983 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg war. 🌐

Zum Aufruf im Internet: <https://nein-zur-atomaren-abschreckung.de>.



Joachim Garstecki

geb. 1942, Dipl.-Theologe, katholischer Theologe und Friedensethiker,
1991-2000 Generalsekretär von Pax Christi

i.garstecki@t-online.de

Ist eine strategische Partnerschaft möglich?

Für ein neues Verhältnis zwischen Europa und Afrika

Robert Kappel

Europa hat mit sich selbst zu tun. In Brüssel, Paris und Berlin schert man sich nicht um Afrika. Vielleicht ist das sogar gut, denn was jüngst an Initiativen aus der EU kam, verhiess nichts Gutes. Es reiht sich ein in ein So-Weitermachen, postkoloniales Gedankengut und vergiftete Hilfsangebote. Und immer wieder Paternalismus. Dafür steht die Kommission und in Deutschland auch Entwicklungshilfeminister Müller, der sagt, was gut für Afrika wäre. Man weicht den Problemen aus und formuliert immer wieder neue Ideen. Im Moment: Digitalisierung, green economy und transformative Zusammenarbeit. Letzteres kaschiert schon gar nicht mehr die Einmischung.¹

Die EU ist der größte Handels- und Investitionspartner Afrikas. Im Jahr 2018 erreichte der Warenhandel zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten und Afrika einen Gesamtwert von 235 Milliarden Euro (32 Prozent des gesamten afrikanischen Handels). Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den afrikanischen Ländern sind zwar eng, aber nach wie vor asymmetrisch: Fast 30 Prozent aller afrikanischen Exporte gehen in die EU, während Afrika für die EU nahezu unbedeutend ist. Zudem ist die Struktur der Exporte und Importe ungleichmäßig: Afrika exportiert unverarbeitete Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, während die EU Investitions- und Konsumgüter nach Afrika ausführt. Die europäischen Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich 2017 auf 222 Milliarden Euro (Kapitalbestände) und sind damit weit höher als die Chinas und der USA.

Dass die EU trotz derlei Machtoptionen keineswegs überzeugend agiert, hat mit zwei Fragen zu tun: Erstens: Die EU evaluiert Frankreichs problematisches Agieren nicht. Frankreich handelt immer noch als geostrategische Macht in West- und Zentralafrika (Franc-CFA-Zone, Sahel, Militärbasen, wirtschaftliche Stärke). Zweitens: Es gibt kein Verständnis der wirtschaftlichen Dynamiken auf dem Kontinent. Die geplanten

¹ Kappel, Robert (2020), Europa – Afrika. Die Neuorientierung in Angriff nehmen. FES, Berlin, vgl. <https://www.fes.de/referat-afrika/neuigkeiten-referat-afrika/der-asymmetrie-entgegenwirken>.

Verhandlungen der EU mit der Afrikanischen Union (AU) und den afrikanischen Staaten böten die Möglichkeit, die bisherigen Strategien kritisch zu diskutieren und eine Zusammenarbeit zu vereinbaren, die die afrikanischen Optionen verbessert und zugleich die EU-Interessen wahrt.

Europäische Zusammenarbeit mit Afrika

In den letzten Jahren haben die EU-Mitgliedstaaten zahlreiche neue Strategien für Afrika entwickelt. Mit dem Cotonou-Abkommen (2000) und der Gemeinsamen Strategie (2007) begann sich ein Wandel in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika abzuzeichnen. Dafür waren vier Gründe von Bedeutung:

Erstens ist China ein wichtiger Konkurrent der EU geworden, zweitens verzeichneten die afrikanischen Länder ein relativ hohes Wirtschaftswachstum, drittens nahm die Migration aufgrund von Krisen und Konflikten zu und viertens zeigten zahlreiche afrikanische Initiativen, wie der Plan 2063 der AU oder die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone

Es geht um einen grundlegenden Richtungswechsel.

(AfCFTA), die 2019 verabschiedet wurde, dass die afrikanischen Staaten zunehmend strategisch handeln und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren ausloten. Dennoch wird in der EU mit altbekannten Rezepten agiert. Die EU orientiert sich an den Ideen des *G20 Compact with Africa* (CwA), der die Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre zum Maßstab nimmt. Der CwA setzt auf eine Agenda des *big push*, d.h. die Verbindung von kräftigen Investitionsimpulsen bei gleichzeitigem massiven Kapitaleinsatz in allen Wirtschaftssektoren. Der CwA will durch Großinvestitionen in die Infrastruktur und Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes für Unternehmen höhere Auslandsdirektinvestitionen hervorgerufen und so das allgemeine Wirtschaftswachstum fördern.

Neujustierung der Kooperation

Zwei große Aushandlungsprozesse mit Afrika stehen an: „*Towards a Comprehensive Strategy with Africa*“ (CSA), die die EU-Kommission für die Verhandlungen mit afrikanischen Ländern vorgelegt hat. Der andere Prozess ist die Fortführung des Cotonou-Abkommens. Die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) sind

nicht abgeschlossen. Es wird geplant, das Cotonou-Abkommen Mitte 2021 zu unterzeichnen. Die CSA weist jedoch konzeptionelle Schwächen auf. Zunächst einmal sind die europäischen Interessen nur vage formuliert. Geht es um geostrategisches Agieren gegenüber China, den USA und Schwellenländern? Oder will die EU lediglich europäische Investitionen fördern?

Angeichts der großen Herausforderungen in Afrika stellt sich die Frage, wie eine künftige Partnerschaft gestaltet werden sollte und wie sie zu Wachstum und Strukturwandel, industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung, wirtschaftlicher Diversifizierung, Arbeitsplatzschaffung und Armutsbekämpfung beitragen kann. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die afrikanischen Länder in einem tiefgreifenden Wandel befinden, die Länder und ihre Institutionen ihre eigene Agenda verfolgen, die wirtschaftliche Dynamik und die globalen Machtverschiebungen auf dem Kontinent erkannt werden und das Zeitalter der postkolonialen Zusammenarbeit zu Ende geht.

Die afrikanischen Länder befinden sich nicht mehr in einer postkolonialen Phase.

Es geht um einen grundlegenden Richtungswechsel, zu dem der Afrika-EU-Kooperationspakt beitragen soll.

Neue Agrarpolitik

Gemeinsam mit den afrikanischen Ländern sollte eine kooperative Agrarpolitik entwickelt werden, die auch Maßnahmen zur „Ernährungssicherheit“ umfasst. Der europäische Agrarsektor ist der afrikanischen Landwirtschaft überlegen, dank seiner hohen Produktivität und der Subventionen in Milliardenhöhe. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU funktioniert über die Export- und Importschnittstelle: Steigert die EU als weltgrößter Agrarexporteur ihre Exporte, sinken die Weltmarktpreise. Sie können dadurch auch in afrikanischen Ländern sinken, wodurch deren Wettbewerbsfähigkeit untergraben wird und lokale Produkte verdrängt werden. Nicht zuletzt wegen der hohen Ausgleichszahlungen an die Landwirte ist die EU zum größten Nahrungsmittelexporteur geworden. Darüber hinaus behindern nichttarifäre Handelshemmnisse der EU sowie hohe Handels- und Transportkosten die afrikanischen Agrarexporte. Die Folge ist die seit langem bestehende hohe Abhängigkeit Afrikas von Nahrungsmittelimporten. Es ist

daher notwendig, dass Handels- und Agrarfragen bei den bevorstehenden EU-Afrika-Verhandlungen gemeinsam diskutiert werden. Das Ziel muss sein, sicherzustellen, dass die afrikanische Landwirtschaft nicht weiter benachteiligt wird.

Unterstützung von Transformationsprozessen

Die Schaffung produktiverer Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung in Afrika ist von zentraler Bedeutung. Investitionen in städtische Ballungsräume können ein wichtiger Motor des Strukturwandels sein. Gerade in den Städten sind die Akteure des informellen Sektors die entscheidende Grundlage für das Überleben der Mehrheit der Bevölkerung. Viele afrikanische Länder verfolgen den Strukturwandel mit industriellen Konzepten. Politiken, die die Komplementarität zwischen Infrastruktur-entwicklung, ausländischen und inländischen Investitionen vertiefen, sollten gefördert werden, um einen Technologietransfer von den europäischen Industriestaaten nach Afrika zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten die Landwirtschaft und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Zentrum der strategischen Zusammenarbeit stehen, denn hier wird sich entscheiden, ob der Kontinent erfolgreich in globale Wertschöpfung eingebunden werden kann und ob in Zukunft Millionen von Arbeitsplätzen entstehen.

Verknüpfung ausländischer Direktinvestitionen mit lokalem Unternehmertum

Die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas kann durch ausländische Direktinvestitionen (ADI) gefördert werden. Investitionen in die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie, aber auch in den Dienstleistungssektor können zu qualifizierten Arbeitsplätzen, Technologie- und Wissenstransfer beitragen und die Produktivität Afrikas steigern. Große und mittlere afrikanische Unternehmen entwickeln sich, allerdings nur langsam. Die entscheidenden Veränderungen müssen sich jedoch innerhalb Afrikas vollziehen. Das hat damit zu tun, dass die Beiträge von ADI zur Verringerung von Armut und hoher Jugendarbeitslosigkeit bestenfalls gering sind. Es sind durch alle ADI in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nur 140.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr entstanden. Benötigt werden aber 20 Millionen Arbeitsplätze pro Jahr, um die Arbeitslosigkeit unter

Jugendlichen abzufedern. Diese müssen größtenteils von lokalen Unternehmen und Landwirten geschaffen werden. Europäische Maßnahmen könnten helfen, ebenso wie beschäftigungsintensive ADI.

Bislang fehlt ein Konzept zur Verknüpfung von ADI mit Unternehmen in Industrieclustern und Sonderwirtschaftszonen. Eine Möglichkeit bestünde darin, Steuererleichterungen und andere Anreize zu gewähren, wenn im Rahmen von ADI gezielte Unterverträge mit KMU in Afrika abgeschlossen würden, um Technologietransfer und Ausbildungsmaßnahmen zu ermöglichen. Ein Programm, an dem auch Forschungseinrichtungen und Universitäten beteiligt sind, könnte dem Wissenstransfer und der Entwicklung von Unternehmen einen Schub geben.

Neuorientierung der Handelsbeziehungen

Seit 1997 hat die EU Abkommen mit nordafrikanischen Ländern und fünf Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit regionalen Gruppierungen von Ländern südlich der Sahara geschlossen. Kritiker argumentieren, dass sie den Strukturwandel des Kontinents behindern könnten, indem sie den intraregionalen Handel und die Integration untergraben. Eine Senkung der Zölle auf EU-Importe auf afrikanischen Märkten wird den Prognosen zufolge den Handel der Region zugunsten europäischer Produzenten und weg von lokalen Lieferanten umlenken. Die begrenzten Vorteile von Freihandelsabkommen erklären, warum viele afrikanische Länder, insbesondere Länder mit niedrigem Einkommen, sich geweigert haben, ihnen beizutreten.

Die EU sollte dazu beitragen, das ordnungspolitische Umfeld für afrikanische Produzenten und Exporteure zu verbessern. Obwohl die EU im Rahmen der Resolution „Alles außer Waffen“ (*Everything but Arms*) den Zugang zu den europäischen Märkten erleichtert hat, gibt es immer noch zahlreiche Beschränkungen. Nichttarifäre Handelshemmnisse schränken Afrikas Exportmöglichkeiten ein. Die EU-Ursprungsregeln sind zu komplex und restriktiv. Um für Zollsenkungsmaßnahmen in Frage zu kommen, muss ein Export aus Afrika einen inländischen Wertschöpfungsanteil von mindestens 30 Prozent aufweisen. Afrikanische Exporteure können somit Vorleistungen aus anderen Ländern nicht ohne Weiteres „kumulieren“. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Beschränkungen die Nutzung von Zollpräferenzen durch afrikanische Exporteure eingeschränkt und die regionalen Wertschöpfungsketten behindert haben.

Wie könnte eine neue Partnerschaft aussehen?

Man sollte sich auf die folgenden Aspekte konzentrieren:

- Die EU sollte ihre Zölle auf Importe aus Afrika weiter liberalisieren und die Wirkung dieser Präferenzen durch eine Reform der Ursprungsregeln verbessern und darauf hinarbeiten, allen afrikanischen Ländern zollfreien Zugang zu den EU-Märkten zu gewähren;
- Die EU sollte ihre Ursprungsregeln im Einklang mit der WTO-Ministererklärung für die am wenigsten entwickelten Länder reformieren. Dies würde eine Senkung der Mindestanforderungen an den Inlandsanteil von 30 auf 25 Prozent und die Einführung einer erweiterten Kumulierung beinhalten. Zumindest sollte die EU den Exporteuren afrikanischer Länder erlauben, Vorleistungen aus anderen Ländern der Region zu kumulieren;
- Zugleich sollte die EU den Aufbau der afrikanischen Freihandelszone unterstützen.

Die afrikanischen Länder befinden sich nicht mehr in einer postkolonialen Phase. Sie haben Industrialisierungs- und Agrarstrategien entwickelt. Auch wenn ihr Entwicklungsprozess nicht geradlinig verläuft, gibt es Fortschritte. Die Globalisierung hat Afrika die Möglichkeit gegeben, in der internationalen Arbeitsteilung eine Rolle zu spielen. Doch die Konzepte der reinen Weltmarktintegration haben nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Armut und Arbeitslosigkeit sind weit verbreitet. Die Klimakatastrophe und die Corona-Pandemie treffen Afrika besonders hart, obwohl die Ursachen vor allem in den USA, der EU und China liegen.

Ein wohlhabender afrikanischer Kontinent liegt im Interesse der EU. Die künftige Zusammenarbeit beruht auf den jeweiligen Interessen und sollte daher fair, gleichberechtigt, solidarisch, umweltfreundlich und zivil sein. Ziel sollte es sein, die asymmetrischen Abhängigkeiten und Machtverhältnisse zu verringern. Die von der EU bislang vorgelegten Konzepte verfolgen jedoch eine andere Agenda und würden die bestehenden Asymmetrien eher verstärken. 🌐



Prof. Dr. Robert Kappel

geb. 1946, emeritierter Professor am Institut für Afrikastudien, Universität Leipzig. Er unterrichtet im Postgraduiertenprogramm „small enterprise promotion and training“ an der Universität Leipzig. Von 2004 bis 2011 war er Präsident des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg

robert.kappel@uni-leipzig.de



Partnerschaft und ihre Diskrepanzen

Zum afrikanisch-europäischen Verhältnis

Liisa Laakso

Die Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten haben eine lange Tradition und sind seit jeher asymmetrisch. Mit der Kolonialisierung Ende des 19. Jahrhunderts wurde diese Struktur noch verfestigt und wirkte auch in den letzten Jahrzehnten fort. Heute fordern viele Akteure einen Paradigmenwechsel in diesem spannungsvollen Verhältnis. Aber welche Chancen gibt es dafür?

Für Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Portugal, Spanien und Italien, also jene Mächte, die Afrika kolonialisierten, war der erste und wichtigste Grund für ihr Handeln der Reichtum an Ressourcen und Arbeitskräften auf diesem Kontinent. Propagandistisch wurde dieser Kolonialismus mit den Begriffen „Zivilisation“ und „Entwicklung“ gerechtfertigt. Neben privaten Unternehmen spielten soziale Akteure, einschließlich christlicher Missionare und Wissenschaftler, eine wichtige Rolle. Obwohl die kulturellen und wissenschaftlichen Beweggründe gegenüber den ökonomischen Triebkräften der Kolonisation zweitrangig gewesen sein dürften, bestehen diese weiter und haben langfristige Wirkungen. Die Eroberung Afrikas fand zu einer Zeit statt, in der sich die akademischen Disziplinen an den Universitäten rasant entwickelten. Ein Beispiel ist die Medizin, die mit neuen Erkenntnissen über die Entstehung von Krankheiten, neuen pharmazeutischen Behandlungen, Impfkampagnen und Hygieneregimes Schlagzeilen machte. Auch in der Linguistik, Anthropologie und Soziologie gab es große Fortschritte. Der afrikanische Kontinent bot europäischen Akademikern nahezu unbegrenzte Möglichkeiten zum Forschen und Experimentieren. Sicher, das trug in zahlreichen Fächern zu bedeutenden Fortschritten bei, jedoch waren die Ergebnisse für Afrika selbst gering. So blieben die Sterblichkeits- und Krankheitsraten in Afrika während der Kolonialzeit höher als in anderen Teilen der Welt. Obwohl Gesundheitsausgaben und medizinisches Personal einen großen Teil des Kolonialstaates in Afrika ausmachten, waren sie dennoch nie ausreichend. Die Kolonialbehörden legten auch

den Grundstein für die Hochschulbildung auf dem afrikanischen Kontinent. In Algerien, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Marokko, Nigeria, Rhodesien, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Tunesien und Uganda entstanden Zweigstellen europäischer Universitäten. Damit reagierte man einerseits auf den wachsenden einheimischen Bedarf nach Bildung. Andererseits verstärkte sich dadurch die Abhängigkeit der Kolonien von den „Mutterländern“.

Eurozentrismus und Niedergang des Kolonialismus

Die Strukturen der Erkenntnisproduktion in diesem Universitätssystem reproduzierten beständig die eurozentrische Weltansicht des afrikanischen „Andersseins“. Ein früher nichteuropäischer Kritiker der psychologischen Auswirkungen kolonialer Erziehung war Franz Fanon. Seine Schriften über rassistische Sprache, die den Einheimischen und den Kolonisten in ihren jeweiligen Rollen als Sklave und Herr definierte, inspirieren nach wie vor das Ringen um Dekolonisierung. In jüngster Zeit hat dies zur Änderung kolonialer Straßennamen, zur Entfernung rassistischer Denkmäler und zur Rückgabe alter afrikanischer Kunst an die Herkunftsländer geführt. Im Zuge des Niedergangs des Kolonialismus und eines schmerzhaften und auch oft gewaltsamen Unabhängigkeitsprozesses, wie etwa in Algerien und im südlichen Afrika, musste Europa seine Beziehungen zu Afrika neu aufbauen. Die unmittelbare Notwendigkeit bestand darin, die Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen zu sichern. Im Rahmen der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 wurde für die europäischen Kolonien ein „Assoziierungssystem“ eingeführt. Nach ihrer Unabhängigkeit wurde der Assoziationsstatus in den 1963 und 1969 unterzeichneten Jaunde-Abkommen kodifiziert.

Im Rahmen der Römischen Verträge von 1957 erhielten die Kolonien ein „Assoziierungssystem“.

Mit dem Beitritt Großbritanniens zur EWG im Jahr 1973 weitete man das Assoziierungssystem auf die ehemaligen britischen Kolonien in Afrika sowie auf die Staaten der Karibik und des Pazifiks aus. Es kam 1975 zum Lomé-Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den damals 71 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP). Zu diesem Zeitpunkt hatten sich jedoch der Optimismus, der die politische

Unabhängigkeit begleitet hatte, und die Erwartungen auf einen Wandel bereits verflüchtigt. Die wirtschaftlichen, sozialen und ordnungspolitischen Herausforderungen waren indes geblieben und hatten in weiten Teilen Afrikas sogar zugenommen.

An den afrikanischen Universitäten und Forschungsinstituten hatte sich das Spektrum der sozialwissenschaftlichen Forschung von dem überwiegend kolonialistisch geprägten Fokus auf Anthropologie inzwischen auf andere Bereiche ausgeweitet. So trugen afrikanische Forscher zu bahnbrechenden theoretischen Arbeiten vor allem in der Politischen Ökonomie und der Entwicklungsforschung bei. Damit unterstützten sie gleichzeitig die Institutionalisierung dieser Felder in Europa. Eines der politischen Ergebnisse auf internationaler Ebene war die 1974 von

*Konditionalität hebelte
das Partnerschaftsprinzip
in den Beziehungen aus.*

der UNO verabschiedete Deklaration zur Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, die ein Bündel von Vorschlägen zur Beendigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom industrialisierten Westen beinhaltete. Die starke Volatilität der Exporteinnahmen jener Länder, die von der Rohstoffproduktion abhängig sind, wurde als eine der Hauptursachen für Unterentwicklung identifiziert. Um den negativen Konsequenzen derartiger Abhängigkeiten entgegenzuwirken, führte man im ersten Lomé-Abkommen ein spezielles Ausgleichsfinanzierungssystem ein, das STABEX für landwirtschaftliche Produkte. Im Rahmen des 1979 unterzeichneten zweiten Lomé-Abkommens entstand zudem das SYSMIN für mineralische Rohstoffe. Für die europäischen Mächte gewann die Unterstützung ihrer ehemaligen Kolonien im Zuge der Rivalität des Kalten Krieges zunehmend an politischer Bedeutung, wobei die Partnerschaft sowohl für die afrikanischen als auch für die europäischen Regierungen eine neuartige strategische Dimension erhielt.

Eine „Kultur des Dialogs“ mit der EU?

Das Lomé-Abkommen ist auf internationaler Ebene aufgrund seiner Kultur des Dialogs als ein Modell der Nord-Süd-Kooperation gewürdigt worden. Das Abkommen war ein rechtlich verbindlicher Vertrag zwischen zwei Ländergruppen und beinhaltete deren ständigen Dialog durch drei gemeinsame Institutionen, den Ministerrat, das Komitee der

Botschafter und die Gemeinsame Parlamentarische Versammlung. Im Geiste einer für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaft vertraute man den afrikanischen Regierungen dabei die Verwaltung der europäischen Hilfen an. Ein wichtiges Prinzip in diesem Modell war der Ansatz, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Partnerstaaten einzumischen. In der Folge nahmen die Europäer eine neutrale Haltung mit Blick auf die politischen Gegebenheiten in den afrikanischen Staaten ein, selbst im Falle des Regimes von Idi Amin in Uganda. Das Ende des Kalten Krieges brachte Aufmerksamkeit für Menschenrechte und Demokratie mit sich. Das vierte Lomé-Abkommen, 1989 unterzeichnet, enthielt bereits ein politisches Prinzip, demzufolge Entwicklung auch die Förderung der Menschenrechte beinhaltete. Jedoch umfasste dies keine politische Konditionalität im Sinne einer Rechtsmöglichkeit zum Entzug der Hilfen. Fälle, in denen europäische Hilfen infolge von Menschenrechtsverletzungen entzogen wurden, wie 1992 in Zaire und Malawi, wurden ad hoc mit praktischen Schwierigkeiten begründet. Im Maastrichter Vertrag zur Gründung der Europäischen Union (EU) von 1992 wurde festgelegt, dass eine Menschenrechtsklausel in alle Abkommen der EU mit Drittstaaten aufgenommen wird. Entsprechend fanden Menschenrechte, demokratische Grundsätze und Rechtsstaatlichkeit im überarbeiteten Lomé-Abkommen von 1995 ihren Niederschlag. Es war nun möglich, einem Land bei Nichtbeachtung dieser Grundsätze die Entwicklungshilfe zu entziehen. Dies führte zu formellen Konsultationen mit Niger (1996 und 1999), Togo (1998), den Komoren (1999), Guinea-Bissau (1999) und Côte d'Ivoire (2000). Auf Seiten der Europäischen Union trugen diese Schritte sicherlich den Befindlichkeiten der Steuerzahler Rechnung. Die afrikanischen Regierungen sahen darin hingegen eine Aushöhlung des Partnerschaftsprinzips. Obwohl die Konvention für beide Seiten bindend war, war offensichtlich, dass die neue Konditionalität nur in eine Richtung wirkte.

Und wieder ein Neustart

1996 begann die Europäische Kommission einen breit angelegten Konsultationsprozess für ein Nachfolgeabkommen. Dabei stellte man fest, dass das Partnerschaftsprinzip durch die Konditionalität und die Tendenz der EU, wie andere Geber für ihre Empfänger zu entscheiden, auf Schwierigkeiten gestoßen war. Interessen und relative Macht der

ehemaligen Kolonialmächte unter den EU-Mitgliedstaaten seien oft einflussreicher als gemeinsam vereinbarte Prinzipien. Unterschiedliche Auffassungen auf Seiten der AKP-Staaten sowie der EU machten die Verwaltung der Entwicklungsgelder zudem zeitaufwändig und ineffektiv. In der EU wurde die Korruption der Empfängerregierungen als wesentliches Hindernis für die Effektivität der Hilfen sowie als Beeinträchtigung weiterer Entwicklungsfortschritte angesehen. Außerdem hatten die Transfers im Rahmen von STABEX und SYSMIN nur geringe Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Empfängerländer. Das nachfolgende, im Jahr 2000 unterzeichnete Cotonou-Abkommen beendete die STABEX- und SYSMIN-Fazilitäten, während das Konditionalitätsprinzip an Bedeutung gewann. So wurde der Entzug oder die Umleitung von Entwicklungshilfen möglich, wenn gegen Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder das Prinzip guter Regierungsführung verstoßen wurde. Neu war jedoch das Prinzip des politischen Dialogs, dessen Ziel es war, sowohl das gegenseitige Verständnis als auch das beiderseitige Engagement zu fördern.

Bei der Zwischenüberprüfung im Jahr 2005 schlug die AKP-Gruppe vor, dass die Entscheidung zur Aufnahme von Konsultationen gemeinsam getroffen werden solle. Die EU stimmte der Aufnahme einer Bestimmung für einen intensivierten Dialog zu, wobei alle möglichen Optionen für einen Dialog ausgeschöpft werden sollten, bevor Entwicklungshilfe entzogen würde. Außerdem sollte dieser Dialog in systematischer und strukturierter Form erfolgen, was von der früheren Vorgehensweise eines informellen Dialogs abwich. Diese Änderungen waren eine Folge der Enttäuschung angesichts mangelnder Effektivität des Entwicklungshilfeentzugs in Simbabwe im Jahr 2002. Bei der Zwischenüberprüfung 2005 wurden die afrikanischen Staaten zudem aufgefordert, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zu ratifizieren und umzusetzen, womit das Cotonou-Abkommen zum ersten verbindlichen völkerrechtlichen Instrument wurde, das sich auf den IStGH bezieht. Die meisten afrikanischen Staaten sind dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten und auch die meisten Ermittlungen des Gerichtshofs fanden bisher in Afrika statt. Das Gericht bezeichnen manche Beobachter deshalb auch als „Afrikanischen Strafgerichtshof“; einige afrikanische Politiker sehen es als Handlanger des Neokolonialismus.

Im Zuge der Revision des Cotonou-Abkommens von 2010 forderten viele Akteure einen Ansatz, der Diplomatie, Sicherheit und

Entwicklungszusammenarbeit verbindet. Dabei werden die Afrikanische Union und die nationalen Parlamente, aber auch lokale Behörden, Zivilgesellschaft, Diaspora sowie Privatwirtschaft als Partner anerkannt. Bedingt durch die vielschichtigen Verbindungen zwischen Europa und Afrika hat sich die Partnerschaft über die Jahre über rein entwicklungspolitisch orientierte Nord-Süd-Beziehungen hinaus entwickelt. Sie ist heute zu komplex, um ausschließlich auf Regierungsebene gemanagt zu werden. 🌐

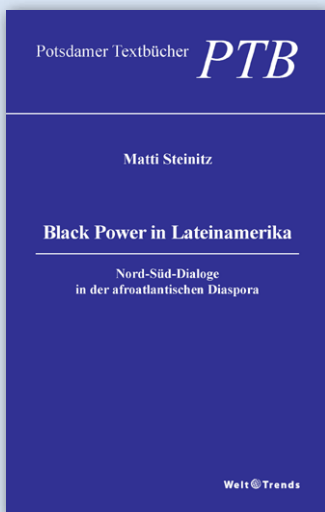
Prof. Liisa Laakso

seit 2019 Senior Researcher am Nordic Africa Institute, Uppsala, Schweden, Inhaberin einer Professur für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit an der Universität Jyväskylä. Ehemalige Dekanin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Helsinki und Rektorin der Universität Tampere

liisa.laakso@nai.uu.se



ANZEIGE



Matti Steinitz

Black Power in Lateinamerika

Asymmetrische Machtverhältnisse prägen die Wahrnehmung der Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika in den 1960er und 1970er Jahren. Wenig Beachtung fanden die kulturellen und politischen Austauschprozesse zwischen den afroamerikanischen Bevölkerungsgruppen der westlichen Hemisphäre. Matti Steinitz untersucht in seiner Studie, wie Migrationsbewegungen und die Verbreitung afro-US-amerikanischer Musik dazu beitrugen, dass sich der Einfluss der Black-Power-Bewegung trotz nationalistischer Abwehrreflexe auch in lateinamerikanischen Kontexten bemerkbar machte.

WeltTrends, Potsdam 2014 | ISBN 978-3-941880-91-7 | 11,90 €

Für einen Migrations- und Beschäftigungspakt mit Afrika!

Theo Rauch

Die Hoffnungen auf einen Strukturwandel in Afrika, aber auch die Bestrebungen hin zu einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen der EU und Afrika scheinen sich wieder einmal nicht zu erfüllen. Es gilt, den Blick auf postkoloniale Strukturen und Beziehungsmuster zu lenken, um mit Afrika einen fairen Migrations- und Beschäftigungspakt auszuhandeln.

Richten wir den Blick auf Afrika, so deuten die Außenhandelsbeziehungen und die Beschäftigungssituation eher auf Kontinuität hin als auf Wandel. Die meisten afrikanischen Länder haben es nicht geschafft, die Phase eines hohen – überwiegend rohstoffpreisbedingten – Wirtschaftswachstums zwischen 2002 und 2015 zur Überwindung ihrer kolonialen, auf Rohstoffexporten, Industriegüterimporten und informellen Handels- und Dienstleistungsaktivitäten basierenden Wirtschaft zu nutzen. Auch die chinesischen Investitions- und Handelsaktivitäten südlich der Sahara bewegen sich innerhalb dieser Muster. Ergänzt, aber nicht transformiert, wurde dieses auf der Nachfrageseite von der durch Rücküberweisungen geschaffenen Kaufkraft und auf der Angebotsseite durch die rasche Verbreitung digitaler Services. Die zur Überwindung dieser abhängigen und krisenanfälligen Strukturen unverzichtbare Entwicklung von verarbeitenden Industrien in Ländern wie Ruanda und Äthiopien stimmt hoffnungsvoll, steckt aber – wie auch die afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft – noch in den Kinderschuhen. Für die Menschen in Afrika spürbar wird dieses Strukturproblem in der dramatischen Beschäftigungskrise: Jährlich kommen circa 15 Millionen Menschen ins erwerbsfähige Alter, dem stehen aber gerade zwei Millionen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gegenüber. Dies ist nicht nur mit sozialen Katastrophen, einschließlich Hunger, verbunden, sondern auch mit zunehmendem Druck zur Abwanderung. Dabei bleiben die Perspektiven zur Existenzsicherung in afrikanischen Ländern hart umkämpft. Dass sich diese Migrationsdynamik bisher nur in geringem Maß an den europäischen Grenzen bemerkbar macht, ist den durch die Abschirmpolitik der EU-Staaten bedingten hohen Migrationskosten und -risiken geschuldet.

Gleichzeitig erhalten die Ansätze zu einer Neugestaltung der Beziehungen eher den Status quo. Die Erneuerung des Post-Cotonou-Abkommens mit den AKP-Staaten in Afrika, Karibik und Pazifik mutet eher nostalgisch als nach einem Aufbruch zur Überwindung postkolonialer Abhängigkeitsverhältnisse an. Die *Economic Partnership Agreements* zwischen EU und Afrika sind weiterhin umstritten. Im Rahmen ihrer freihandelspolitischen Ausrichtung erlauben sie zwar die Protektion bestehender Wirtschaftszweige, ermöglichen aber kaum den Aufbau neuer industrieller Branchen. Sie wirken strukturkonservierend. Die deutschen Sonderinitiativen zu einem *Marshall-Plan* und einem *Compact with Africa* streben zwar Arbeitsplätze in Afrika an, haben dafür aber nicht mehr als die vage Hoffnung auf mit Steuergeldern unterstützte Investitionen europäischer Unternehmer anzubieten. In der Migrationspolitik wird zwar die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Migrationsursachen in den Herkunftsregionen von Politikern jeglicher Couleur betont. Deren Ansatzpunkte sind aber unklar und deren Erfolgsaussichten umstritten – sofern es um Arbeitsmigration geht und nicht um die Verbesserung der Situation in den Flüchtlingslagern. Die migrationspolitischen Abkommen mit afrikanischen Herkunfts- und Transitländern sind primär auf die Errichtung ausgelagerter Grenzkontrollen, verbunden mit Rückkehroptionen für abgelehnte AsylbewerberInnen, ausgerichtet. Dafür wird im Gegenzug eine Finanzierung von Entwicklungsprogrammen geboten, kaum aber eine Erweiterung legaler Einwanderungsperspektiven.

Einkommen ist nicht alles, aber ohne Einkommen ist alles nichts.

Notwendig: Gute Wirtschaftspolitik und faire Handelspartner

Die meisten AfrikanerInnen sind sich mit den an Afrika interessierten Menschen in Europa einig, dass in der Schaffung von Arbeitsplätzen, d.h. von existenzsichernden Einkommensmöglichkeiten für möglichst viele Afrikanerinnen und Afrikaner, die größte Herausforderung für den Kontinent besteht. Einkommen ist nicht alles, aber ohne Einkommen ist alles nichts; wird es auf Dauer auch kein besseres Bildungs- und Gesundheitssystem geben. Aber auch das Interesse an Einkommensmöglichkeiten vor Ort und das Interesse von Europäern daran, Einwanderung in einem sozialverträglichen Rahmen zu halten, korrespondieren miteinander. Solange Ghanaer nach Italien kommen müssen, um dort Tomatenmark oder Mangosaft für die ghanaischen Mittelschicht-Konsumenten zu produzieren,

wird der Migrationsdruck zunehmen. Ähnliches gilt für die – hier nicht thematisierten – Folgen des Klimawandels: Solange Treibhausgasemissionen für senegalesische Bauern das Dürrierisiko erhöhen, werden deren Söhne und Töchter zur Migration gezwungen sein. Folglich besteht ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung und Schaffung von produktiven Existenzmöglichkeiten in Afrika und eine beidseitige Verantwortung dafür. Dem erforderlichen sozial inklusiven, beschäftigungswirksamen Strukturwandel hin zu einer auf nachhaltige Weise intensivierten Landwirtschaft, verbunden mit einer arbeitsintensiven, aber wettbewerbsfähigen verarbeitenden Industrie und einem effizienten Dienstleistungssektor,

Ohne lokale Akteure werden auch die besten nationalen Rahmenbedingungen nicht wirksam.

stehen altbekannte und vielbelagte Hindernisse im Weg. Es bedarf eines verbesserten politischen und regulatorischen Investitionsklimas in den afrikanischen

Ländern, gleichzeitig aber auch eines faireren und stabileren außenwirtschaftlichen Rahmens, um afrikanische Investoren oder auch produktive ausländische Investitionen in Afrika zu ermutigen. Isolierte afrikanische Initiativen, mögen sie noch so sehr von engagierten lokalen Akteuren getragen sein, sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht durch faire Handelsbedingungen gegenüber internationaler Konkurrenz abgesichert und durch Zugang zu internationalem Wissen unterstützt werden. Extern induzierte Geberprogramme, aber auch außenwirtschaftliche Absicherung werden nicht zu mehr Jobs führen, solange afrikanische Wirtschaftspolitik durch Bestrebungen, schnell Renten abzuschöpfen, Günstlingswirtschaft und bürokratische Hindernisse gekennzeichnet ist.

Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen

Für beschäftigungswirksame Investitionen müssen interne Voraussetzungen und externe Absicherung gleichzeitig erfüllt sein. Sie setzen somit einen Beschäftigungspakt zwischen interessierten afrikanischen Staaten und deren wichtigsten Handels- und Investitionspartnern voraus. Da sich auf bilateralen Arrangements keine konsistente Industriepolitik aufbauen lässt, kommen als Partner nur die EU und multinationale afrikanische Wirtschaftsgemeinschaften in Frage. Solche Beschäftigungspakte erfordern aufeinander abgestimmte Vereinbarungen, bezogen auf mehrere politisch-administrative Ebenen.

Von der nationalstaatlichen Ebene der afrikanischen Regierungen sollte die Initiative ausgehen. Diese tragen die Hauptverantwortung. Bei ihnen liegen die Aufgaben der Konzipierung einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik, der Formulierung und Durchsetzung eines förderlichen und verlässlichen gesetzlichen Rahmens, sowie einer an den Erfordernissen der Schwerpunktsektoren orientierten Infrastruktur- und Ausbildungspolitik. Hinzu kommen die regionalen afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften. Sie sollten die nationalen Wirtschaftspolitiken harmonisieren und zugleich die afrikanischen Interessen wirksam gegenüber externen Partnern vertreten.

Auf globaler Ebene bedarf es Handelsvereinbarungen. Diese sollten den arbeitsintensiven gewerblichen Aktivitäten eine realistische Chance geben, sich zu entwickeln und konkurrenzfähig zu werden. Ebenso muss der Zugang zu europäischen Märkten durch Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse verbessert werden. Investitionsabkommen sollten nicht nur Investitionen schützen, sondern sicherstellen, dass nur Investitionen mit einem positiven *Netto*-Beschäftigungseffekt, d.h. unter Berücksichtigung negativer indirekter Beschäftigungseffekte, und mit Lieferbeziehungen zu lokalen Unternehmen öffentlich gefördert werden. Entscheidend hierbei ist, dass die Verpflichtungen zur Verbesserung des nationalstaatlichen und des außenwirtschaftlichen Rahmens miteinander gekoppelt werden.

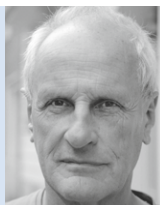
Von großer Bedeutung ist die lokale und subregionale Ebene innerhalb der afrikanischen Staaten. Ohne die Initiativen lokaler Akteure werden auch die besten nationalen und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wirksam. Hier gilt es, Unternehmerinnen und Unternehmer, die vielerorts kaum Erfahrungen im verarbeitenden Gewerbe haben und schwankenden Marktbedingungen ausgeliefert sind, bei der Suche nach standortgerechten Investitionsmöglichkeiten zu unterstützen. Hierbei bedarf es auch einer guten Koordination privatwirtschaftlicher Akteure mit lokaler Politik, Verwaltung, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen.

Ein Zukunftspakt für Afrika

Entscheidend dafür, dass afrikanische Regierungen eigenständige wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen ergreifen, ist, dass sie sich darauf verlassen können, dass diese zumindest durch ihren Haupt-handelspartner EU durch beschäftigungsförderliche Handels- und

Investitionsbedingungen abgesichert werden. Entscheidend für die reale Umsetzung solcher Beschäftigungsinitiativen durch lokale und externe Unternehmer ist, dass die Profitabilität ihrer beschäftigungswirksamen Investitionen durch ihre Regierungen und durch internationale Akteure unterstützt und nicht sabotiert wird. Dafür bedarf es eines verbindlichen, partnerschaftlich auf allen Ebenen abgestimmten Beschäftigungspakts als afrikanisch-europäisches Zukunftsprojekt.

Ein derartiger Beschäftigungspakt bedarf einer Ergänzung durch einen Migrationspakt, der erweiterte legale Möglichkeiten für (zeitweise) Arbeitsmigration eröffnet, um kurzfristig einen Teil des afrikanischen Arbeitskräfteüberschusses aufzunehmen. Gleichzeitig soll durch wechselseitig abgestimmte Regulierung der Migration sichergestellt werden, dass irreguläre Einwanderung eingedämmt wird und dass die Migration zum Vorteil von Herkunftsländern, Zielländern und MigrantInnen gesteuert wird. 🌐



Prof. Dr. Theo Rauch

geb.1945, ist Honorarprofessor am Zentrum für Entwicklungsländer-Forschung des Geographischen Instituts der FU Berlin. Seine derzeitigen Spezialgebiete sind regionale Wirtschaftsförderung und Arbeitsmigration mit Fokus auf Subsahara-Afrika

theorauch@gmx.de

ANZEIGE



WeltTrends 144 | Oktober 2018

Südliches Afrika – Stagnation statt Aufbruch?

Das südliche Afrika erlebt einen Führungswechsel: In Simbabwe wurde Robert Mugabe nach 39 Jahren von Emmerson Mnangagwa abgelöst, in Angola folgt nach 38 Jahren João Lourenço auf Eduardo dos Santos und in Südafrika übernimmt Cyril Ramaphosa die Nachfolge von Jacob Zuma. Bedeutet dieser Wechsel Aufbruch, oder doch eher Stagnation? Diese Frage wird in WeltTrends 144 aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert. Außerdem im Heft: globalisierte Schmuggler, Imran Khans Ambitionen für Pakistan, der einstige Schmelztiegel Lemberg.

WeltTrends, Potsdam 2020 | ISBN 978-3-945878-97-2 | 4,80 €

Eine polarisierende Währung

Die Debatten um den CFA-Franc

Dela Apedjinou

Die Debatte um den CFA-Franc hat in den letzten fünf Jahren an Fahrt gewonnen, nicht nur in Afrika, wo die Währung im Umlauf ist, sondern europa- und sogar weltweit. Es gibt auch massive Proteste gegen dieses Projekt. Es geht um die Reformierung eines monetären Systems, das den Ruf hat, die Mitgliedstaaten daran zu hindern, sich von ihrer ehemaligen Metropole zu emanzipieren und letztlich dazu führt, dass die Bevölkerungen in Armut gehalten werden.

O bwohl viele Autoren das Jahr 1939 als Gründungsjahr sehen, hat die Franc-Zone eine längere Geschichte.¹ Die Entwicklung vollzog sich über ein Jahrhundert (1853-1959), wobei sich die Emissionsinstitute von privaten über gemischt-wirtschaftliche Institute zu einer Art Zentralbank entwickelten. Als ab 1960 alle Kolonien südlich der Sahara unabhängig wurden, kam es jedoch nicht zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zu Frankreich durch die neuen politischen Eliten. Im Gegenteil! Im gleichen Jahr schlossen etliche der „neuen Staaten“ Verteidigungs- und Wirtschaftsabkommen mit Frankreich, die bis heute uneingeschränkt in Kraft sind. Frankreich bestand nach der Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien auf seine alten Privilegien. In einem Brief an seinen Amtskollegen aus Gabun schrieb der damalige französische Finanzminister Michel Debré im Juli 1960 deutlich: „Wir geben euch die Unabhängigkeit unter der Bedingung, dass sich der Staat nach seiner Unabhängigkeit an die vereinbarten Handelsverträge hält. Das eine geht nicht ohne das andere.“²

Die Franc-Zone

Heute bezeichnet der CFA-Franc zwei Währungen, die mit gleichem Wechselkurs an den Euro gebunden sind. Sie waren bis zur Einführung des Euro an den französischen Franc gebunden. Erstens ist das der CFA-Franc

1 Apedjinou, Dela (1991): Auswirkungen des Systems flexibler Wechselkurse auf die finanz- und geldpolitischen Aggregate der Franc-Zonenländer am Beispiel Togo, Dissertation, Universität Bremen.

2 Nach Moscovici, Benjamin: Der Westafrikanische Franc. Frankreich und der unsichtbare Kolonialismus.

(*Franc de la Coopération Financière en Afrique*), den die zentralafrikanische BEAC (Banque Centrale des États de l'Afrique Centrale) ausgibt und der in Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik im Umlauf ist. Der Hauptsitz der Zentralbank ist in Jaunde (Kamerun). Zweitens: Der westafrikanische CFA-Franc (Franc de la Communauté Financière Africaine) mit der BCEAO (Banque Centrale des États de l'Afrique de l'Ouest) als Zentralbank. Die Mitglieder sind Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Togo, Senegal). Der Hauptsitz befindet sich in Dakar (Senegal).

Die CFA-Währungen sind nicht untereinander konvertierbar. Jeder Austausch zwischen den Währungsräumen und innerhalb der Währungsräume bedarf der Genehmigung der Banque de France.

Folgende Grundprinzipien, die miteinander eng verbunden sind, regeln die Funktionsweise der Franc-Zone: Die beiden Währungen haben seit der Einführung des Euro im Jahr 2002 eine feste Parität zum

Die feste Kopplung an den Euro verteuert Exporte der afrikanischen Länder.

Euro (655,96 Franc-CFA = 1 Euro); es gilt die Garantie für die uneingeschränkte Konvertierbarkeit dieser Währungen in Euro; Frankreich gewährt die volle Garantie im Aus-

tausch für mindestens 50 Prozent der Devisenreserven der Franc-Zone Länder (bis 2005 waren es 65 Prozent); es herrscht die volle Transaktionsfreiheit innerhalb der CFA-Franc-Zone.

Bis heute wird keine Währung der Welt so stark fremdbestimmt wie der CFA-Franc. Dabei tauchen vier schwerwiegende Probleme auf, die jedoch von den Befürwortern des Systems heruntergespielt werden:

Die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedern sind sehr schwach. Die Währungsunion wurde nicht von einer wirtschaftlichen und finanziellen Integration der Mitgliedstaaten begleitet (nur bis zu 20 Prozent der Handelsbeziehungen werden innerhalb der Zone getätigt). Die feste Kopplung an den Euro verteuert Exporte der afrikanischen Länder, weil sie wie eine Steuer auf die Exporte wirkt, und sie erleichtert Importe, weil diese als eine Art Subventionen auf die Importe fungiert. Sie sorgt zusätzlich für eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der afrikanischen Produkte auf dem Weltmarkt. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in den letzten Jahren macht den CFA-Franc zu einer relativ starken Währung und lokale exportorientierte Unternehmen auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig. Zugleich begünstigt sie

die Einfuhr von Waren aus Ländern mit schwächeren Währungen und verlangsamt so die wirtschaftliche Entwicklung und verhindert lokale Wertschöpfungsketten.

Geldknappheit, hohe Zinssätze (zwischen 12 und 15 Prozent bei Zinssätzen mit kurzen Laufzeiten im Vergleich zu 1 Prozent im europäischen Raum), massive Kapitalflucht und Schuldenberge, deren Rückzahlung die nötigen Investitionen in fast allen Sektoren verhindert, kennzeichnen die Volkswirtschaften der Franc-Zonen-Länder. Das CFA-Franc-System begünstigt stattdessen französische und internationale Konzerne. Die Volkswirtschaften sind chronisch unterfinanziert, was insbesondere auf die restriktive Geldpolitik zurückgeführt werden kann. Jede Überschreitung des Kreditvolumens bedarf der Zustimmung Frankreichs.

Welche Reformmöglichkeiten gibt es?

Immer wieder wurde in der Vergangenheit versucht, die oben genannten wirtschaftlichen Probleme durch eine neue Gemeinschaftswährung zu überwinden. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) hatte schon seit 1987 die Einrichtung einer eigenen Währungsunion geplant. Der ECOWAS gehören neben den acht Staaten der westafrikanischen Währungsunion weitere Länder wie Gambia, Guinea, Liberia oder Sierra Leone an. Die ECOWAS beschloss dann 2003, im Jahre 2020 eine gemeinsame Währung einzuführen. Als Voraussetzung für die Währungsunion definierte man Konvergenzkriterien, die aktuell keines der Länder vollständig erfüllt, darunter ein Haushaltsdefizit unter drei Prozent und eine Inflation unter zehn Prozent. Vorschläge zur Harmonisierung der geldpolitischen Rahmenbedingungen und zur Gestaltung einer zukünftigen Zentralbank wurden im Rahmen einer Taskforce unterbreitet.³ Ein Name für die neue Währung war schnell gefunden (ECO). Zugleich diskutierte man über einen Sonderfonds zur Deckung des Finanzierungsbedarfs dieses Mega-Projekts. Zugleich verständigte man sich auf Faktoren, die für künftigen Wohlstand in der ganzen Region entscheidend sind. Dazu gehören politischer Veränderungs- und Entwicklungswille, gute und nachhaltige Regierungsführung, Diversifizierung der Wirtschaft und lokale und inklusive Wertschöpfungsketten in den Ländern, die an eine nachhaltige Industrialisierung gekoppelt sind.

3 Dieses bestand aus der BCEAO, der Zentralbank Nigerias und der Westafrikanischen Währungsagentur WAMA, einer autonomen Unterorganisation der ECOWAS.

Die Rolle Frankreichs

Obwohl Frankreich angesichts der vielen Protestwellen der vergangenen Jahre⁴ angeblich nichts gegen Reformen des Systems hatte, wartete Paris nicht auf das von Afrikanern angestoßene Konzept für eine afrikanische Währung. Stattdessen steuerte es durch eine eigene Initiative gegen. Die vom französischen und ivoirischen Präsidenten angekündigte Reform

Die Volkswirtschaften sind chronisch unterfinanziert.


beinhaltete jedoch außer der Namensänderung keine tiefgreifenden Änderungen des Systems. Die Übernahme des Namen ECO hat zudem für Verwirrung gesorgt. Frankreich wird auch nach der Einführung der neuen Währung ECO tonangebend sein, weil die Währung weiterhin an den Euro gekoppelt ist. Für viele Intellektuelle in Westafrika ist die Reform alles andere als ein historischer Schritt. Anstatt eine Gemeinschaftswährung von 15 Staaten zu werden, wird der ECO wahrscheinlich nur für die acht Länder der UEMOA (*Union Economique et Monétaire Ouest Africaine*; Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) eingeführt. Solange die wirtschaftlichen Schwergewichte der Region wie Nigeria und Ghana sich dem ECO nicht anschließen, sind diese Reformen im Gegensatz zu der gegründeten Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA), die sich um das Zusammenwachsen eines afrikanischen Wirtschaftsraums bemüht, wenig erfolgversprechend.

Aus Angst vor den zunehmenden Wirtschaftsbeziehungen der afrikanischen Länder mit China ist kurzfristig zu erwarten, dass der Status quo des CFA-Franc bleibt. Weitere Änderungen des Währungssystems könnten die Aufhebung der Nichtkonvertierbarkeit der beiden CFA-Franc-Zonen betreffen. Auch eine Erhöhung der Transparenz bei der Verwaltung von Devisenreserven auf den sogenannten „Operationskonten“ und eine weitere Reduzierung der Rücklagen (zurzeit 50 Prozent) könnten zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Was die feste Parität betrifft, so könnte diese flexibler gestaltet werden. Die Kopplung an Währungen wie den US-Dollar, den chinesischen Renminbi oder einen Währungskorb, dessen Währungen für die Region wichtig sind, ist auch vorstellbar. Dies würde

4 Mit dem Erscheinen der Streitschrift *Sortir l'Afrique de la servitude monétaire: A qui profite le Franc CFA?* (Die monetäre Knechtschaft Afrikas überwinden: Wem nutzt der CFA-Franc?) im Jahr 2016 wurde die Debatte von Protesten begleitet. Junge Afrikaner gingen auf die Straße, um gegen ein System, das sie vor Perspektivlosigkeit und Hoffnungslosigkeit stellt, zu demonstrieren. <https://journals.openedition.org/lectures/21492?lang=es>.

die Flexibilität vieler Länder erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Unternehmen steigern und die Industrialisierung voranbringen.

Bei der aufgeregten Diskussion um den CFA-Franc geht es um die zukünftige Gestaltung einer eigenständigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der betreffenden afrikanischen Staaten. Es geht darum, diese Länder aus Armut und Unterentwicklung herauszuführen. Der verzweifelten afrikanischen Jugend, der kaum anderes übrig bleibt als die Migration, muss eine Perspektive zuhause geboten werden. Insbesondere Länder, in denen sich die Bevölkerungszahl alle 25 Jahre verdoppelt, benötigen dringend radikale Reformen. Sie brauchen Wirtschaftswachstum, um Arbeitsplätze für die Jugend zu schaffen. Mit dem starren Wechselkurs, wie er jetzt zwischen CFA und Euro existiert, fehlt den CFA-Ländern jedoch ein wichtiges wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument.

Die Gründung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone AfCFTA zeigt, dass die afrikanischen Länder einen Integrationsraum benötigen und auch wollen. Diese Freihandelszone könnte auch mit einer eigenständigen afrikanischen Währungskonzeption verbunden werden. Obwohl diese Reformprojekte von vielen Akteuren eher als utopisch empfunden und belächelt werden, und deshalb auch stark in der Kritik stehen, bieten sie langfristig die einzigen Selbsthilfestrategien, um aus dem Dilemma herauszukommen. Der afrikanische Kontinent muss seine monetäre Unabhängigkeit erlangen. Das CFA-System steht dem im Wege. 

Dr. Akouavi Dela Apedjinou

geb. 1959 in Lomé, Togo; studierte Wirtschaftswissenschaften und arbeitet als Lehrbeauftragte und in verschiedenen Projekten. Sie ist Beraterin im Präsidialamt von Togo und zurzeit als Unternehmensberaterin tätig

d.apedjinou@gmail.com



Besuchen Sie unseren Web-Shop!

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

bestellung@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Der Tradition verpflichtet!

EU-Ratspräsident Portugal und Afrika

Andreas Bohne

Zwei Traditionen wird Portugal während seiner aktuellen EU-Ratspräsidentschaft fortführen: seinen dritten EU-Afrika-Gipfel ausrichten und über den Umweg der Ratspräsidentschaft seinen Einfluss in der früheren Kolonie Mosambik ausbauen. Militärische und sicherheitspolitische Interessen sind dafür bestimmend. Auch wenn dabei nationale Interessen offensichtlich sind, bewegt sich Portugal damit im Rahmen der gegenwärtigen Politik der Europäischen Union.

Von zentraler Bedeutung“, so sieht Nuno Brito, der portugiesische Botschafter bei der Europäischen Union, die Beziehungen der EU zu Afrika und betont damit sogleich einen der Schwerpunkte der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft. Portugal übernahm die Präsidentschaft für das erste Halbjahr 2021 von Deutschland. Vor einem Jahr sprach man von Seiten der Bundesregierung noch von einem selbstorganisierten EU-Afrika-Gipfel. Bekanntlich durchkreuzte die Coronapandemie viele Pläne und Kanzlerin Merkel nahm mit VertreterInnen der EU und der Afrikanischen Union (AU) nur an einem kleinen virtuellen Zwischentreffen im Dezember teil. Als die deutschen Minister vor den EU-Parlamentsausschüssen damals die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft skizzierten, betonte einzig Außenminister Maas, dass die verstärkte Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern wichtig sei. Die Auflistung der portugiesischen Minister Ende Januar 2021 war dagegen anders. Afrika kam mehrfach vor: Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, die Umsetzung des kürzlich geschlossenen Abkommens zwischen der EU und den 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten), die angestrebten Abschlüsse von Fischereiabkommen mit Staaten wie Mauretanien, Guinea und Madagaskar und die Ausgestaltung des neuen EU-Instrumentes für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI).

Zwar sind die Einflussmöglichkeiten der EU-Ratspräsidentschaft durch den Lissabon-Vertrag aus dem Jahr 2009 begrenzt, insbesondere durch die Positionen des Präsidenten des Europäischen Rates, zurzeit Charles

Michel, und des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik. Jedoch gibt es Spielräume, um Prozesse anzustoßen und Politiken zu beeinflussen. Das will Portugal, wie alle anderen EU-Länder, auch nutzen.

Fortführung der Gipfeltradition

Portugal plant im ersten Halbjahr 2021 die Ausrichtung seines dritten EU-Afrika-Gipfels und kann somit erneut (s)einem Selbstverständnis für die europäische „Afrikapolitik“ entsprechen. Auf portugiesische Initiative fand bereits im Jahr 2000 der erste Afrika-Europa-Gipfel in Kairo statt. Noch heute betont das portugiesische Außenministerium, dass dieser Gipfel „eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen den beiden regionalen Blöcken einleitete und eine ausgewogene politische und wirtschaftliche Beziehung“ entstand. Und während der nächsten Ratspräsidentschaft Portugals im Jahr 2007 wurde auf dem zweiten EU-Afrika-Gipfel in Lissabon eine „Gemeinsame Afrika-EU-Strategie“ verabschiedet. Die damals von der EU gefeierte Strategie änderte aber wenig in den Beziehungen zu den afrikanischen Staaten. Im Gegenteil! Sie verstärkte bestehende Abhängigkeiten und Asymmetrien. Schließlich war sie getrieben von der Konkurrenz zu China und gekennzeichnet von ähnlichen Narrativen wie heute: Migration, Terrorismus, Staatszerfall. Aufgrund der Verzögerung durch die Corona-Pandemie kann nun Portugal statt Deutschland seine Gipfeltradition fortsetzen. Vor Juli soll der inzwischen sechste Gipfel stattfinden.¹ Denn Portugal wird dieses prestigeträchtige Treffen nicht seinem Nachfolger Slowenien überlassen. Dafür gehen die Bande der „Triopräsidentschaft“ aus Deutschland, Portugal und Slowenien nicht weit genug. Die bereits angekündigten Treffen, wie das für April angekündigte EU-Africa Green Investment Economic Forum, sind für Portugal nicht ausreichend.

Was soll auf dem Gipfel besprochen werden?

Darüber herrscht noch Unklarheit. Laut Charles Michel sollen Investment, Klimawandel, Digitalisierung, Schulden und zukünftige Beziehungen auf der Tagesordnung stehen. Daher wird über den Verhandlungen der im letzten März vorgestellte Vorschlag der neuen EU-Afrika-Strategie schweben. Es wäre sicherlich im Interesse Portugals, wenn analog

¹ Der dritte Gipfel fand 2010 und der vierte Gipfel 2014 - beide in Brüssel - statt. Der fünfte Gipfel fand 2017 in Abidjan statt.

zum Gipfel 2007 ein Referenzpapier für die nächsten Jahre verabschiedet würde. In der Gipfelausrichtung steht Portugal unter zweifachen Druck: Einerseits den eigenen Ankündigungen und selbstgesteckten Zielen nachzukommen und andererseits dem Druck der anderen EU-Mitglieder angesichts der globalen Konkurrenz genügen. „Ich muss sagen, dass viel über [Afrika] geredet wird, aber während wir unter uns diskutieren, was zu tun ist, handeln andere Akteure vor Ort“, so wird Nuno Brito zitiert.² Portugal muss den Gipfel durchführen, denn die nächsten stehen bereits *ante portas*. So soll im Mai 2021 ein französischer Gipfel zu Investitionen in Afrika stattfinden, gefolgt von einem französischen „Afrikagipfel“ im Juli. Stärker schielen die EU und mit ihr Portugal auf den für September angesetzten Türkei-Afrika-Gipfel und

Seit Monaten drängt Portugal auf ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement.

auf ein angedachtes, noch nicht terminiertes Chinesisch-Afrikanisches Kooperationsforum in Dakar. Und 2022 soll der Reigen mit „Afrika-Treffen“ von Russland, Indien, Großbritannien und den USA fortgesetzt werden. Portugal steht unter Zugzwang.

Militarisierung und Mosambik

Wie für alle ehemaligen europäischen Kolonialmächte spielen für Portugal – wenn auch nicht im gleichen Maße wie für Frankreich – die engen Verbindungen zu den früheren Kolonien eine besondere Rolle. Aufrechterhaltung geopolitischer Interessen und kontinuierliche Einflussnahme sind dabei zwei wichtige Merkmale.

Seit 2017 gibt es in der nordmosambikanischen Provinz Cabo Delgado Angriffe und Überfälle radikal-islamistischer Kämpfer. Der Konflikt hat sich zu einem Bürgerkrieg zwischen Islamisten, mosambikanischen Sicherheitskräften und paramilitärischen Söldnergruppen entwickelt. Bisher sind 2.600 Todesopfer zu beklagen, 670.000 Menschen sind geflüchtet. Ein Bericht von Amnesty International wirft allen AkteurInnen massive Menschenrechtsverletzungen vor und fordert die juristische Aufarbeitung der Verbrechen. Jedoch gibt es geopolitische Interessen an der Region: 2010 wurden riesige Erdgasvorkommen vor der Küste von Cabo Delgado entdeckt, die Begehrlichkeiten bei transnationalen Energiekonzernen und

2 Chadwick, Vince (2021): Portugal aims to revitalize EU's Africa push. In: Devex - International Development News, 07.01.2021.



Auch vor der Küste Mosambiks: Auf der Suche nach Erdgas

den mosambikanischen Eliten geweckt haben. Da der französische Energiekonzern Total das Projekt maßgeblich finanziert, vorantreibt und ausbeuten möchte, schreckt Frankreich kaum noch vor sicherheitspolitischen Avancen gegenüber Mosambik zurück.

Seit mehreren Monaten drängt jedoch auch Portugal auf ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement. Portugal kann für sich reklamieren, dass es kein direktes ökonomisches Interesse besitzt, sondern die radikal-islamistische Bedrohung niederschlagen möchte. Die EU-Präsidentschaft dient Portugal dazu, seine nationalen Interessen als EU-Interessen darzustellen. Der portugiesische Außenminister Augusto Santos Silva ließ verlauten: „Was wir tun müssen, ist unsere Zusammenarbeit mit Mosambik (...) zu verstärken, was bedeutet, die Sicherheitsdimension deutlich zu verbessern“. Um fortzufahren: „Das Phänomen des Terrorismus und Mosambik muss angegangen werden. Es liegt im europäischen Interesse, sich (...) zu beteiligen“.³ Kurz nach Beginn der Ratspräsidentschaft reiste Santos Silva für Gespräche in das südostafrikanische Land und bot die Hilfe der EU an. Mosambik selbst lehnt bisher jede direkte Einmischung ab, hat aber schon vor einigen Monaten nach militärischer Ausbildung gefragt. Und dem kommt Portugal gern nach. So plant Portugal, im April 60 Militärausbilder nach Mosambik zu schicken, um den Aufbau einer Spezialeinheit zu unterstützen. Schon im Dezember 2020 hatte der sozialdemokratische Verteidigungsminister João Cravinho dies angekündigt. Inwieweit das nur als ein erster Schritt gesehen werden kann, muss sich zeigen. Es fällt auf, dass Portugal bisher offiziell

3 Fox, Benjamin (2021): EU must step up military assistance to Mozambique, says Portuguese presidency. In: EURACTIV, 01.02.2021.

keinen Vorschlag für eine friedliche Konfliktlösung unterbreitet hat. Im Gegenteil: Portugal folgt offensiv dem „französischen Weg“, bei dem die ehemalige Kolonialmacht zunehmend sicherheitspolitisch und militärisch in ihren früheren Gebieten aktiv wird. Seit kurzem kommt mit den USA ein weiterer Akteur hinzu. Mitte März hat das US-Außenministerium die islamistischen Gruppen als ausländische terroristische Organisationen eingestuft und damit den Weg für ein Eingreifen der USA in den Konflikt geebnet. Kurz danach erfolgte die Meldung, dass US-amerikanische Soldaten mosambikanische Marineeinheiten trainieren. Das zunehmende Interesse der USA an dem Konflikt könnte auch zu einer viel engeren Zusammenarbeit zwischen Portugal und Mosambik führen, um einer möglichen Rolle der USA in der Region entgegenzuwirken.

In Übereinstimmung mit den EU-Politiken

Die nationalen Interessen Portugals können jedoch nicht von der EU-Politik losgelöst betrachtet werden. Das portugiesische Agieren ist eingebettet in die gegenwärtige (Neu-)Ausrichtung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die während der portugiesischen Ratspräsidentschaft startet. Insbesondere der European Defence Fund und die European Peace Facility (EPF) sind hier zu nennen. Laut vorliegendem Entwurf des EPF strebt die EU eine größere Flexibilität an, die es ermöglicht, die AU zu umgehen und direkt für nationale und subregionale militärische Initiativen zu zahlen. Ferner zielt die EU mit der EPF darauf ab, leichte Waffen in Krisenregionen zu liefern und direkt Training und Ausrüstung für nationale Armeen zu finanzieren. Laut der International Crisis Group könnte sich damit die angespannte Lage in fragilen Staaten noch verschlimmern.⁴

Ende Mai soll auf Einladung des portugiesischen Verteidigungsministers Cravinho ein informelles Treffen der europäischen Verteidigungsminister mit afrikanischen EntscheidungsträgerInnen stattfinden. Seine Begründung: Die meisten europäischen Militärmissionen finden in Afrika statt. Und Cravinho spielt in seiner Begründung explizit auf Mosambik an. So betonte er, dass ein militärischer Ausbildungseinsatz „aus unserer Sicht etwas wäre, das sehr erwägenswert ist“. Und er verweist auf bestehende Ausbildungsmissionen wie in Mali, die als Vorbild dienen könnten, wenn auch im kleineren Umfang. Und einen zweiten Aspekt sprach Cravinho

4 International Crisis Group (2021): How to Spend it: New EU Funding for African Peace and Strategy. Report Nr. 297, Januar 2021.

an: Die maritime Sicherheit, insbesondere im Golf von Guinea.⁵ Mit dieser Offerte rennt man bei anderen europäischen Ländern offene Türen ein. Frankreich hat Mosambik bereits ein maritimes Abkommen für die Sicherheit vor der mosambikanischen Küste angeboten. Schließlich geht es um die Absicherung der Investition von Total. Bis zu zehn afrikanische VertreterInnen möchte Cravinho für sein Treffen gewinnen. Unter anderem soll Jean-Claude Kassi Brou, der Präsident der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), seine Teilnahme zugesagt haben. Damit erreicht Cravinho das Ziel, durch die gegenwärtig *en vogue* scheinende Floskel von „Partnerschaft und Dialog mit Afrika“ die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu konsolidieren und rhetorisch zu legitimieren. 🌐

5 Almeida, Tiago (2021): EU security, defence missions in Africa do not translate into 'real political influence', says minister. In: EURACTIV, 29.01.2021.

Andreas Böhne

geb. 1978, Geograph und Afrikawissenschaftler (M.A.), Agrarwissenschaftler (M.Sc.), Politischer Referent beim Berliner Entwicklungspolitischen Rat-schlag und freier Autor

andreas.bohne@mailbox.org



ANZEIGE

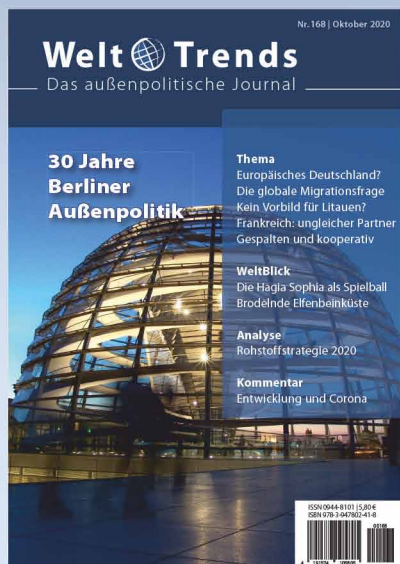


Hans-Georg Schleicher **Doppelte Zeitenwende**

1989 war ein Jahr großer Veränderungen, nicht nur in Europa. Im November richtete sich die Aufmerksamkeit international auch auf Namibia. Die letzte Kolonie Afrikas wurde unabhängig. Zur selben Zeit ging im benachbarten Südafrika mit der Freilassung Nelson Mandelas die Apartheid ihrem Ende entgegen. Hans-Georg Schleicher beschreibt die Parallelität der Veränderungen im Süden Afrikas und im Osten Deutschlands sowie die Spuren, die die DDR im Befreiungskampf Afrikas hinterließ.

WeltTrends, Potsdam 2020 | ISBN 978-3-947802-53-1 | 19,85 €





Für eine Begrenzung der „humanitären Intervention“!

Hans-Heinrich Nolte

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Selbstauflösung der UdSSR ist entgegen dem Kriegsverbot der Vereinten Nationen die Zahl der Kriege angestiegen. Waren es anfangs Vetomächte, die global intervenierten, so folgten bald auch mittlere Mächte wie die Türkei. Der UN-Sicherheitsrat, der die Aufgabe hat, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen“, griff nicht ein. Das 1945 beschlossene Regelwerk für Militäreinsatz in den internationalen Beziehungen, das schon während des Kalten Kriegs nur eingeschränkt funktionierte, verlor weiter an Durchsetzungskraft.

Die Konflikte nahmen jedoch zu. Zu den postimperialen Traumata wie Hongkong und die Transnistrische Republik, die Malvinas oder Abchasien kamen Kämpfe um geostrategische Positionen wie die Krim oder Kaschmir, Nationalitätenkonflikte wie zwischen Armenien und Aserbaidschan oder Bengalen und Myanmar um die Rohingya und vor allem Konflikte um Meeresboden bzw. Meere als erweiterte Flächen für Nationalwirtschaften hinzu. Auch das soziale Konfliktpotential stieg – zwar wurde das globale Einkommen seit 1973 mehr als verdreifacht, aber zugleich wurde die Ungleichheit zwischen „oben“ und „unten“ verschärft – zwischen 1980 und 2016 erlebten die untersten 50 Prozent der Welteinkommenspyramide einen Zuwachs von 14 Prozent, während das oberste eine Prozent einen Zuwachs von 23 Prozent erreichte.¹ Dem Anstieg des Konfliktpotentials entsprechend steigt die weltweite Aufrüstung, angeführt von den USA, die 2019 dafür 732 Milliarden US-Dollar aufbrachten, und gefolgt von China mit 261, Indien mit 71 und Russland mit 65 Milliarden US-Dollar. Insgesamt finanzierten NATO-Länder 2019 über die Hälfte der Weltrüstung. Die Mächte der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC), der China, Indien, Russland, Pakistan und andere angehören, kamen auf 23 Pro-

1 Milanović, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Berlin, Suhrkamp, S. 46-49; vgl. auch: Alvares, Facundo (2018) (Hrsg.): Die weltweite Ungleichheit. München, Beck, S. 17, 21, 78.

zent.² Da mehrere Konflikte wie die Aufteilung der Arktis, der Bering- und der Südchinesischen See oder der Ägäis, die Zukunft der Krim, der Tschagos-Inseln oder Hongkongs zwischen NATO und SOC-Mächten stattfinden, ist ein neuer „Kalter Krieg“ denkbar, auch wenn die SOC betont, dass sie kein Militärbündnis sei.³

Souveränität versus Genozidverbot

Konflikte zu entschärfen, indem man Kompromisse fördert und Unklarheiten vermeidet, die zur Legitimation von Aggression benutzt werden können, liegt demnach im nationalen Interesse. Zu einer solchen Unklarheit wurde die „humanitäre Intervention“, ein Konzept vom Ende des Zweiten Weltkriegs, das unter den Siegermächten damals umstritten war. Albert Einstein hatte 1945 bei der Vorbereitung des „Schwarzbuches“ über den von Deutschen verübten Genozid an den sowjetischen Juden gefolgert, das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten müsse über Bord geworfen werden.⁴ Die Satzung der Vereinten Nationen sah jedoch in Paragraph 2.7 vor, dass die UN kein Recht zum Eingreifen in innere Angelegenheiten eines Staates besitzt, sondern sich auf die Wahrung des Friedens konzentrieren soll (Paragraph 39).⁵ Andererseits schlossen die Staaten 1948 ein Abkommen, das Völkermord mit lebenslanger Haft unter Strafe stellte. Jeder Staat muss eine Person, die dieses Verbrechens beschuldigt wird, vor Gericht stellen – auch wenn er Ausländer ist.⁶ Zwangsumsiedlung, welche die Siegermächte 1945 gegen Deutsche im Osten Europas, die UdSSR mehrfach im Innern des Landes, die USA gegen die Bevölkerung des Bikini-Atolls und Großbritannien ab 1968 gegen die Bevölkerung der Tschagos-Inseln anwandte, wird nicht zum Straftatbestand Völkermord gerechnet.

Die Völkermord-Konvention führte insofern zur Einschränkung der Souveränität der Nation A, als einer ihrer Staatsbürger wegen eines Völkerrechtsverbrechens in der Nation B vor Gericht gestellt werden kann.

2 SIPRI: Global military expenditure sees largest annual increase in a decade, vgl. <https://www.sipri.org/media/press-release/2020> (eingesehen am 25.10.2020).

3 Vgl. Interview mit dem Generalsekretär der SOC, V. Norov. In: WeltTrends Nr. 171 (Januar 2019), S. 22-27.

4 Einstein, Albert: Zum „Schwarzbuch“. In: Lustiger, Arno (1995) (Hrsg.): Das Schwarzbuch. Reinbek, Rowohlt, S. 1013f.

5 Krüger, Hartmut (1975) (Hrsg.): Die Charta der Vereinten Nationen und das Statut des Internationalen Gerichtshofs. Stuttgart, Reclam (Neuaufgabe 2005).

6 Von der Bundesrepublik übernommen: Bundesgesetzblatt 1954 Nr. 15, hier S.729.

Die juristische Nachweispflicht im Prozess liegt bei den Justizbehörden der Nation B. Der Einwand blieb, dass der Beweis der Schuld ohne Untersuchung vor Ort und mit eingeschränkter Möglichkeit, Zeugen zu befragen, sowie nicht selten gegen die nationale Bürokratie des Landes A erbracht werden müsse. Der Nürnberger Prozess kann für ein solches Verfahren nicht als Beispiel herangezogen werden, weil die Sieger aufgrund der *Debello* Deutschlands die Akten erbeutet und im ganzen Land eine eigene Verwaltung aufgebaut hatten.

Die Quellenproblematik verschärfte sich, als ab 1990 die westlichen Staaten die Herausbildung kapitalistischer Nationalstaaten im Bereich der ehemaligen sozialistischen Föderationen UdSSR und Jugoslawien förderten und dabei mit genozidalen Verbrechen konfrontiert wurden, vom Massenmord an Armeniern durch Aserbaidshaner in Sumgait 1988 bis zum Massenmord an Bosniaken durch Serben in Srebrenica im Jahr 1995. In Ruanda kam ein Völkermord hinzu, der in der Tradition der Konflikte kolonial gegründeter Staaten steht wie die Völkermorde in Indien 1947.⁷ Um den Genoziden im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda bewaffnet entgegentreten zu können, entwickelten einige Nationen und Personen – darunter der deutsche Außenminister Joseph Fischer – das Konzept der Intervention aus humanitären Gründen als Ausnahmerecht zum allgemeinen Kriegsverbot. Anfangs wurde die Ausnahme noch an das Mandat der UN gebunden (z.B. in Somalia 1992), aber mit dem Eingreifen der NATO in Kosovo 1999 wurden auch Interventionen ohne Mandat legitimiert. Außerdem wurde ein völkerrechtliches Strafrecht entwickelt, das nach einigen Sondertribunalen 2002 zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs führte – dem allerdings die USA, China und Israel nicht beitraten.⁸

„Humanitäre Interventionen“ bald als Vorwand

Schnell entwickelte sich eine Praxis, militärische Eingriffe in fremde Länder als humanitäre Intervention auszugeben. Schon beim Kosovokrieg war strittig, ob Serbien wirklich einen Genozid plante; der vom deutschen Verteidigungsminister zur Legitimation des Einsatzes der Bundeswehr vorgelegte „Hufeisenplan“ erwies sich als Fälschung. In den folgenden Jahren

7 Vgl. Übersichten bei Baberowski, Jörg (2006) (Hrsg.): *Moderne Zeiten?* Göttingen, Vandenhoeck; vgl. auch: Binner, Jens / Nolte, Hans-Heinrich (2012) (Hrsg.): *Schwerpunkt Massenverbrechen*. In: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 13.1 (2012).

8 Hobe, Stephan (2008): *Einführung in das Völkerrecht*. 9. Auflage, Tübingen, Francke, S. 365-374, 257-288.




Für die Demokratie im Einsatz? Niederländischer Soldat in Mali

wurden die Gründe für humanitäre Intervention ausgeweitet – in Syrien genügte die gewaltsame Niederwerfung einer Revolution als Interventionsgrund. Ob eine Mehrheit hinter dem Aufstand stand, wissen wir nicht; intellektuell und moralisch motivierte Gruppen neigen dazu, begeisterte Menschenmengen zu Mehrheiten zu erklären.

Als Instrument zur Ausbreitung und Etablierung von Demokratie taugt die humanitäre Intervention jedoch nicht, da sie *per definitionem* Gewalt von außerhalb ist. Zur Demokratie gehört u.a. Abkömmlichkeit. Gruppen der Gesellschaft müssen genug Mittel haben, um Parteien zu finanzieren oder sich auch außerhalb von Parteien ohne ökonomische Abhängigkeiten der Politik widmen zu können. In Nationen, in denen es solchen Wohlstand nicht gibt und die doch mit gleichem Wahlrecht wählen, wirken häufig Klientelbeziehungen in die Politik hinein.⁹ Trotz des chinesischen Aufstiegs vereint die SOC Gesellschaften mit im Weltmaßstab niedrigem BIP pro Kopf, die entweder durch eine Partei oder durch Patronage und Klientel beherrscht werden – oder beides. Proteste gegen Klientelismus und Korruption führen leicht zur Gewaltanwendung. Wir im wohlhabenden Westen sind in der Pflicht, verfolgt

9 Zum Netz von Korruption und Patronage in Indien vgl. Wagner, Christian (2016): Politische Entwicklungen in Indien. In: Zeitschrift für Weltgeschichte 17.1 (2016), S. 155-163, zu Russland vgl. Mommsen, Margareta (2017): Das Putin-Syndikat. München, Beck.

DemokratInnen aufzunehmen und anderen Weltregionen Chancen für mehr Wohlstand zu verschaffen; Proteste sollten jedoch nicht als Gründe für eine Intervention angeführt werden.

Humanitäre Intervention sollte eng an die Ursprungsbedeutung des Kampfes gegen Genozide und außerdem an ein Mandat der UN gebunden bleiben. Wenn eine Änderung der Satzung der UN möglich ist, sollten bei der Abstimmung im Sicherheitsrat jedoch Vetos ausgeschlossen werden, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass die Vetomächte sich selbst nicht belasten und ihre Klientel schützen. 



Prof. Dr. em. Hans-Heinrich Nolte

geb. 1938, von 1980 bis 2003 Professor für osteuropäische Geschichte in Hannover, Gastprofessuren in Lincoln/Nebraska, Woronesch und Wien. Gründung der „Zeitschrift für Weltgeschichte“. Ehrenvorsitzender des Vereins für Geschichte des Weltsystems

hquadrat5@gmail.com

ANZEIGE



WeltTrends 139 | Mai 2018

Militärmacht EU?

Bei der Auseinandersetzung darüber, wie das „europäische Projekt“ aus der Krise geführt werden kann, spielt Sicherheitspolitik eine besondere Rolle. Im Dezember 2017 beschloss der Europäische Rat eine „Ständige Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) in der Militär- und Rüstungspolitik. Hinzu kommt ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ (EVF). Das Heft diskutiert die Frage, ob damit eine neue Qualität in der Militarisierung erreicht wird und die EU auch militärisch fit gemacht wird, in der 1. Liga der Welt politik mitzuspielen.

WeltTrends, Potsdam 2018 | ISBN 978-3-945878-84-2 | 4,80 €

Russlands Außenpolitik im neuen globalen Kräfteverhältnis

Wilfried Schreiber

„Zurück! Russland auf der Weltbühne“ war der Titel des Schwerpunktes im *WeltTrends*-Februarheft (Nr. 172). Fünf russische Autorinnen und Autoren diskutierten aus unterschiedlichen Perspektiven die Außenbeziehungen ihres Landes. Dabei ging es vor allem um den Zeitraum der Präsidentschaft von Wladimir Putin. Wir hatten uns dafür entschieden, in diesem Heft ausschließlich russische Stimmen zu Wort kommen zu lassen – denn die haben es hierzulande recht schwer, Gehör zu finden. Das Interesse an dem Thema war außerordentlich und bald kamen die ersten Texte als Kommentare und Repliken. Wir haben uns entschlossen, in diesem und den folgenden Heften die Debatte dazu zu führen und hoffen, damit zur Versachlichung dieses für Deutschland und Europa so wichtigen Themas beizutragen. Nach Debattenbeiträgen im Aprilheft (Nr. 174) nun weitere Kommentare. RK

Die fünf russischen Autoren zeigten, dass es in Russland eine differenzierte außenpolitische Debatte gibt. Die Beiträge orientieren sich an den geografischen Hauptrichtungen: das Verhältnis zu den USA, zu China, zur Europäischen Union und zum Nahen Osten. Dmitri Trenin, Direktor des Carnegie Moscow Center, macht den Anfang mit einer Bilanz der Außenpolitik unter Putin und kommt zu kritischen Bewertungen über deren Erfolg und Misserfolg. Manche der Bewertungen mögen ungewöhnlich erscheinen, wie z.B. die Beurteilung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO und bedürfen sicher einer weiteren Debatte.

Ich möchte auf ein Problem aufmerksam machen, das mir als unterbelichtet, aber doch bedeutsam für das Verständnis der russischen Außenpolitik erscheint. Es geht um die Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses und was dies für die bilateralen Beziehungen bedeutet. Insbesondere sollte die neue Rivalität zwischen den USA und China eine stärkere Berücksichtigung finden, da sie die bilateralen Beziehungen Russlands zu Partnern wie Konkurrenten überlagert. Am ehesten findet man dazu Überlegungen bei Trenin, der über die wachsende Bedeutung

der „östlichen Richtung der Außenpolitik unter Putin“ schreibt und dabei auch auf andere Länder im indopazifischen Raum verweist.¹ Das wachsende Interesse Russlands in die „östliche Richtung“ ist nur verständlich, wenn es unter dem Aspekt der Rivalität zwischen China und den USA in diesem und um diesen Raum beurteilt wird. Die globale Auseinandersetzung konzentriert sich zunehmend auf die Auseinandersetzung zwischen den USA und China und findet vor allem im indopazifischen Raum statt. Das hat Konsequenzen für alle Länder in diesem Raum und zwingt Russland, seine Aufmerksamkeit ebenfalls auf diesen Raum zu richten. Es geht dabei um die Beziehungen Russlands zu den Ländern des Indopazifik, insbesondere zu China, Indien, Japan, Australien und Neuseeland.

Dabei geht es Russland keineswegs nur um Wirtschaftsbeziehungen, sondern primär um die geostrategischen Machtverhältnisse, also – wie Trenin formuliert – um „Russlands Platz in dieser Weltordnung“.² Nun ist Russland das flächengrößte und rohstoffreichste Land dieser Erde, verfügt aber nur über ein jährliches Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Größenordnung des BIP von Italien oder Spanien. Aber Russland ist eine militärische Großmacht und besitzt zusammen mit den USA über 90 Prozent des strategischen Kernwaffenpotenzials der Erde. Russland ist keine ökonomische Weltmacht und kann deshalb auch nicht aus einer Position der ökonomischen Stärke heraus agieren und muss das auch in seiner Außenpolitik berücksichtigen. Das gilt auch für die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union.

Putin scheint das begriffen zu haben, wenn man seine Reden vor dem Waldai-Klub im Oktober 2020³ oder auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar 2021 in Davos⁴ liest. Russland ist vor allem besorgt über Ansätze zum Aufbau einer neuen antichinesischen und antirussischen Militärkoalition im indopazifischen Raum. Dort hatte es Trump Ende Oktober 2020 geschafft, neben Australien und Japan auch Indien zur Unterzeichnung eines Dokuments zu bewegen, das den gegenseitigen Zugang zu militärischen Einrichtungen ermöglicht, die die militärische Kommunikation sichern und raumbezogene Daten von Luftraum- und

1 Siehe Trenin, Dmitri (2021). In: WeltTrends 172, S. 31.

2 Ebenda.

3 <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A73089/attachment/ATT-0/>, S. 24-30.

4 Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Sitzung des Online-Forums Davos. Agenda 2021, 28. Januar 2021, Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland.

Satellitensensoren austauschen. Diese Initiative läuft unter der Bezeichnung „*Quadrilateral Security Dialogue*“ (Quad) als informeller Sicherheitsrahmen ohne exakte vertragliche Verpflichtungen zwischen den vier Ländern. Quad hat durchaus die Perspektive, Indien aus seiner bisher neutralen Position herauszulösen und auf die Seite der USA zu ziehen. Damit wäre eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Quad zu einer stabilen Militärallianz der USA mit den pazifischen Mächten Indien, Japan und Australien auszubauen. In diese Allianz könnten auch Südkorea, Thailand und auch Taiwan einbezogen werden, da die USA mit diesen Staaten schon bilaterale sicherheitspolitische Verträge geschlossen haben. Quad ist aber von einer „indopazifischen NATO“ noch weit entfernt, da sich die Länder dieser Region weit widersprüchlicher verhalten als von den USA erwartet.

Regionales Freihandelsabkommen beachten!

Das wird an dem am 15. November 2020 unter dem Namen „*Regional Comprehensive Economic Partnership*“ (RCEP) in Hanoi abgeschlossenen Freihandelsabkommen zwischen 14 indopazifischen Staaten ersichtlich. Zu RCEP gehören China, die ASEAN-Staaten (Vietnam, Singapur, Indonesien, Malaysia, Thailand, die Philippinen, Myanmar, Brunei, Laos und Kambodscha), Japan, Australien, Südkorea und Neuseeland. Mit Australien und Japan sind also auch zwei Quad-Staaten dabei. Indien hatte sich 2019 aus den Verhandlungen zurückgezogen, da es sich nicht so weit öffnen wollte. Dieses neue Abkommen muss bei der Beurteilung der geostrategischen Situation in dieser Region einbezogen werden. RCEP umfasst dabei einen Wirtschaftsblock von 2,2 Milliarden Menschen, mit einem Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung und circa 29 Prozent des Welthandelsvolumens. Berücksichtigt man noch das Bevölkerungswachstum und die Wirtschaftsdynamik, so entsteht mit RCEP die größte Freihandelszone der Welt. Sie übertrifft die Wirtschaftskraft sowohl der Nordamerikanischen Freihandelszone (T-MEC, ehem. NAFTA) mit den USA, Kanada und Mexiko als auch die der Europäischen Union. Faktisch hat sich mit RCEP der Schwerpunkt der Weltwirtschaft in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert. Das stellt für die USA, aber auch für die Europäische Union eine gewaltige politische und ökonomische Herausforderung dar. Diese Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft auf den indopazifischen

Raum bei gleichzeitiger Herausbildung einer neuen Bipolarität zwischen den USA und China ist auch für Russland eine neue geostrategische Herausforderung. Darauf muss sich die Kreml-Administration einrichten.

Welche Position hat Indien?

Ein Unsicherheitsfaktor ist für Russland vor allem die Haltung Indiens zu China und den USA. Sollte sich eine Annäherung Indiens an die USA vollziehen, dürfte auch die Frage einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation Russlands mit China aktueller werden. Putin hat auf dem Waldai-Forum darauf aufmerksam gemacht und die Bereitschaft Russlands signalisiert, sich auf die realen Veränderungen im Indopazifik einzustellen – einschließlich eines Militärbündnisses zwischen Russland und China.⁵

Diese Frage, so denke ich, hat Konsequenzen für die gesamte Außenpolitik Russlands, vor allem im europäischen und postsowjetischen Raum. Die gleichzeitig zunehmende Konfrontationspolitik der USA und der Europäischen Union gegenüber Russland zwingt zu einer realistischen Bestandsaufnahme – innen- und außenpolitisch. Russland kann sich keine teuren Konflikte leisten. Stabilität im Innern und an seinen Randzonen bis zum Mittelmeer und in den Nahen und Mittleren Osten hat dabei Priorität. Putin signalisiert deshalb in seiner Waldai-Rede Ruhe und Gelassenheit im Umgang mit allen Krisen in seinem näheren Umfeld. Russland braucht Frieden und Stabilität, um im Innern wie nach außen krisenfest zu werden. Die Angebote Putins zur Kooperation mit dem Westen sind ernst gemeint und sollten auch ernst genommen werden. 🌐

5 <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A73089/attachment/ATT-0/>, S. 11/12.



Prof. Dr. sc. oec. et Dr. phil. Wilfried Schreiber

geb. 1937, Senior Research Fellow am *WeltTrends*-Institut für Internationale Politik, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von *WeltTrends*, Mitglied im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg Stiftung
wlschreiber@arcor.de

Auftritt auf der Weltbühne oder Verbleib im Nationaltheater?

Anmerkungen zu Dmitri Trenin

Wulf Lapins

Dmitri Trenins Für und Wider zu „Russlands Rückkehr auf die Weltbühne“ öffnet beim Autor dieser Replik die Tür des Zweifels: Kann Russland seinen wiedergewonnenen Status als eine re-etablierte Großmacht aufrechterhalten? Die Zeichen sprechen für eine politische Epochenwende. Die poröse Struktur der internationalen Beziehungen wird in den kommenden Jahrzehnten infolge des relativen Machtstiegs der USA und des relativen Machtaufstiegs von China weiter erodieren. Wer tatsächlich der dominante Akteur in der sich herausbildenden globalen neuen Machtarithmetik sein wird, steht keineswegs fest. In der Literatur findet in diesem Kontext ein Diskurs über den Auftakt zu einer zwischenzeitlichen sino-amerikanischen Bipolarität statt. Nehmen wir diese These zum Nennwert. Welche Politik könnte, welche Politik müsste Russland praktizieren, um in den folgenden Dekaden von beiden Großmächten als ebenbürtig anerkannt zu werden?

Verfassung sichert Amtsdauer

Der chinesische Präsident Xi Jinping ließ sich im März 2018 vom Nationalkongress auf Lebenszeit wählen und hebelte damit die bisherige Verfassungsregel einer auf zwei Amtszeiten/10 Jahre begrenzten Präsidentschaft aus. Putin scheint hier eine Blaupause für seine Amtsdauer nach 2024 erkannt zu haben. Die neue Verfassung erlaubt ihm, bei den Präsidentschaftswahlen 2024 und 2030 erneut anzutreten und bis 2036 im Amt zu bleiben. Die Chancen stehen dafür gut, denn mit dem Verbot von Zweitpässen sowie Auslandskonten werden potenzielle Präsidentschaftsanwärter aus Oppositions- und Oligarchenkreisen ausgeschlossen, denn eine von beiden Beschränkungen trifft auf sie in aller Regel zu. Die neue Verfassung verleiht dem Präsidenten zudem mehr exekutive und judikative Macht. So kann er das Parlament auflösen sowie Richter ernennen oder entlassen. Zudem sichert sie

Putins außenpolitisches Vermächtnis in der russischen Historiographie.

ihm Einfluss auch nach seinem Ausscheiden. Er wird dann automatisch Mitglied des Föderationsrates und Senator auf Lebenszeit und kann bis zu sieben weitere Senatoren auf Lebenszeit berufen. Die überwiegende Mehrheit der Russen, selbst jene, die kritisch zu Putin stehen, werten es als einen bedeutenden nationalpatriotischen Schritt, dass Verfassungsartikel 67 eine Rückgabe der Krim an die Ukraine rechtlich ausschließt. Damit ist Putins außenpolitisches Vermächtnis schon jetzt in der russischen Historiographie verankert.

Trenin argumentiert in historischen Kategorien mit seiner Aussage: „Es ist offensichtlich, die Ära Putin geht dem Ende entgegen.“ Im Juli 2036, im Alter von knapp 84 Jahren, hätte er dann 32 Jahre als Präsident und vier Jahre als Ministerpräsident die Geschicke der russischen Politik bestimmt. Das wären dann fünf Jahre länger, als Stalin die Sowjetunion gelenkt hatte. In seinen verbleibenden 15 Jahren muss er die Zeit klug nutzen, um wichtige Weichen zu stellen, politische Weggabelungen richtig zu passieren und strukturelle Wandlungsprozesse einzuleiten. So könnte die Ära Putin in den Paradigmenwechsel zu einem modernen russischen Staat münden.

Gesellschaftliche Defizite

Und damit zurück zu meiner Skepsis bezüglich einer nachhaltigen weltpolitischen Position Russlands. Es fehlen signifikante Anzeichen für die Bereitschaft des Präsidenten und der von ihm gestützten sowie ihn stützenden Eliten, die unproduktive Überbetonung von Staatsrolle und Zentralgewalt mit ihren autoritären Politikstrategien einzuhegen. Eine partizipative Rückkopplung zwischen Staat und Gesellschaft wäre eine Vorstufe zum Aufbau eines bürgerlichen Russlands mit einer gerechten Gesellschaftsordnung. Diese ist vielmehr geprägt durch sozioökonomische Spreizungen, milliarden schwere Kapitalflucht, Rückgang ausländischer Investitionen, weit verbreitete strukturelle Korruption und gesellschaftspolitische Polarisierungen und Konflikte. Die vielfach empfundenen und häufig auch realen rechtlichen Ungleichheiten sowie die mangelnde Sichtbarkeit staatlichen Handelns in zahlreichen Regionen fördern bei einer wachsenden Zahl von Bürgern das frustrierende Gefühl, dass man abgehängt ist. Trenin führt als Positivposten an: „Die Verstaatlichung eines großen Teils der Ölindustrie bildete die Grundlage für eine koordinierte Energiepolitik“. Es

fehlt aber die Kehrseite. Die fossile russische Rentenökonomie ist auf die Rohstoffwirtschaft fixiert, setzt auf eine Ressourcengesellschaft mit niedrigen Wertschöpfungen und verhindert eine produktive Innovationsgesellschaft.

Unsichere russische Weltmachtstellung

Trenin begründet die Wiederkehr als *Global Player* mit Blick auf die Wirtschaftskooperationen in Asien, die De-facto-Allianz mit China, die Waffen- und Energieexporte nach Afrika wie Lateinamerika sowie das militärische und diplomatische Engagement im Nahen Osten. Sein Fazit: „Statt enorme Anstrengungen zu unternehmen, um sein Modell auf andere

Die russische Machtsubstanz unterscheidet sich substantiell nicht von jener in Sowjetzeiten.

auszudehnen, sucht Moskau heute Nischen, die es nutzen kann.“ Eine dauerhafte weltpolitische Akteurschaft verlangt aber mehr als das opportunistische Ausnutzen von Einflussgelegenheiten, die Trump mit seinem Isolationismus eröffnete. Mit US-Präsident Biden hat nach vier Jahren das traditionelle geopolitische Denken und Handeln in Washington wieder Platz genommen. Dort wird man viel Kraft aufwenden, um Russlands gewonnenen Einfluss durch Aktivierung alter und das Schmieden neuer Allianzen wieder zurückzudrängen. Und die entscheidenden Akteure sind keine politischen Neulinge. Sie sammeln Erfahrungen in der Obama-Administration und kennen die Moskauer Politik.

Russland beansprucht weltpolitische Geltung. Die USA gestehen Moskau indes weltpolitische Teilnahme zu, höchstens aber Mitwirkung, keinesfalls gleichberechtigten Mitgestaltungsanspruch. Sie begründen das mit der Machtsubstanz, die sich substantiell nicht von jener in Sowjetzeiten unterscheidet. Es sind die beiden Stützpfeiler: der Besitz von Nuklearwaffen und der Platz als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat. Insofern ist Russland aus US-Perspektive im weltpolitischen Konzert nur eine Status- und Prestigemacht. Hypothetisch als Worst-Case-Szenario unterstellt: Eine potenzielle russische Drohung mit Kernwaffen in einem politischen Konflikt wäre durch das reziproke Abschreckungssystem ein nicht kalkulierbares Hochrisiko, also untauglich. Und ein versuchter limitierter Einsatz ließe sich nicht planbar führen und wäre vielmehr die Einladung

zum Selbstmord. Verbleibt als Weltgewicht Russlands Einspruchsrecht im Weltsicherheitsrat. Im Schmieden einer Koalition von Willigen zur Interessendurchsetzung haben die USA aber Erfahrung und können das Privileg relativieren.

Fehlervermeidung

Aus herrschaftssoziologischer Perspektive Moskaus sind die harten Reaktionen auf die Straßendemonstrationen und ausländischen Proteste für die Freilassung von Alexej Nawalny stabilitätspolitisch geboten. Die Polittechnologien bedenken aber nicht, dass sie damit in eine vom Nawalny-Team kalkulierte moralische Sackgasse gedrängt werden und wohl auch sollen: Die Analogie zu sowjetischen Repressalien gegen Andrej Sacharow, Andrej Amalrik und andere prominente politische Kritiker. Und, dass in der EU und insbesondere in Deutschland wieder eine Wertediskussion im politischen Diskurs mit Russland Platz greift und die Bemühungen um eine stärker interessenorientierte Politik zurückgedrängt werden. Die Moskauer Eliten müssen der Versuchung des Aufbaus einer Wagenburg-Politik widerstehen. Diese würde Kompromisslösungen als Schwächesignale deuten und innen- wie außenpolitische Fehlentscheidungen begünstigen. 🌐



Prof. Dr. Wulf Lapins

Politikberatung in Ostmitteleuropa, Zentralasien, auf dem Kaukasus und dem Westbalkan von 1992-2021, Bonn

Wulf.Lapins@gmx.de

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn, Kurt
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf
www.das-blaettchen.de

WeltTrends – Das außenpolitische Journal

Gegründet: 1993 von Erhard Crome, Jochen Franzke, Bogdan Koszel, Raimund Krämer, Claus Montag, Andrzej Sakson, Lutz Schrader und Wolfram Wallraf

Herausgeber: WeltTrends e.V./Instytut Zachodni Poznań

Chefredakteur: Raimund Krämer (V.i.S.d.P.)

Stv. Chefredakteurin: Anne Klinnert

Redakteure: Angela Unkrüer, Majd El-Safadi

Red. Mitarbeit: Kai Kleinwächter, Frank König, Christian Spicker, Martin Wycisk, Thomas Zelt

Lektorat: Angela Unkrüer

Satz & Produktion: printlayout & webdesign, Ivo Olias, Potsdam

Druck: Kollin Medien GmbH, Neudrossenfeld

Kontakt

Redaktion *WeltTrends*
+49 (0)331 / 721 20 35 | redaktion@welttrends.de

Mediadaten

Erscheinungsweise: monatlich

Einzelpreis: 5,80 €

Abonnement: 58 € (ermäßigt 48 € / Institutionen 98 €)

E-Abonnement: 28 € (PDF-Datei)

Kombi-Abo: 78 € (12 Hefte Print + E-Abo)

ISSN: 0944-8101

Ausgabe 175: Majd El-Safadi (Hrsg.)
Afrika und Europa – Ein strategisches Bündnis?
WeltTrends, Potsdam 2021
ISBN: 978-3-947802-62-3

Erscheint bei WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag

Geschäftsführer: Klaus Schmidt

Büro: Christian Spicker

Pressesprecher: Hubert Thielicke

Schatzmeister: Uwe Rechlin

Kontakt: WeltTrends | MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26–52 | D-14482 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 / 721 20 35 | Fax: +49 (0)331 / 721 20 36
verlag@welttrends.de | www.welttrends.de

Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denjenigen der Herausgeber oder der Redaktion.

© WeltTrends, Potsdam 2021

Bildnachweise Ausgabe 175:

Cover: pixabay.com

Seite 2 (oben): cia.gov

Seite 2 (unten): wikimedia.org

Seite 3 (oben): Christian Spicker

Seite 5 (Karte): cia.gov

Seite 11: Max12Max - CC BY-SA 4.0

Seite 25 (Karte): cia.gov

Seite 45: heConduqtor - CC BY-SA 3.0

Seite 53: defensie.nl - CC0 1.0

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Behrooz Abdolvand, Berlin

Dr. Wolfram Adolph, Potsdam

Prof. Dr. Jürgen Angelow, Potsdam

Dr. Vladislav Belov, Moskau

Dr. Dr. Roland Benedikter, Breslau / Bozen

Prof. Dr. Sergej Birjukow, Kemerowo

Dr. Rainer Böhme, Dresden

Dr. habil. Erhard Crome, Berlin

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Leipzig

Dr. Petra Erler, Potsdam

Prof. Dr. Wilhelm Ersil, Potsdam

Dr. Ali Fathollah-Nejad, Doha / Berlin

Ryszarda Formuszewicz, Warschau

Prof. Dr. Jochen Franzke, Potsdam

Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Berlin

Dr. Vladimir Handl, Prag

Prof. Dr. Ralf Havertz, Daegu

Dr. Wladimir Jewsejew, Moskau

Prof. Dr. Heinz Kleger, Potsdam

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Potsdam

Prof. Dr. Bogdan Koszel, Posen

Dr. Mario Kölling, Madrid

Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek, Kleinmachnow

Prof. Dr. Klaus Larres, Chapel Hill

Prof. Dr. Ralf J. Leiteritz, Bogotá

Prof. Dr. Yuru Lian, Beijing

Prof. Dr. Krzysztof Malinowski, Posen

Prof. Dr. Henning Melber, Uppsala / Pretoria

Dr. Hans Misselwitz, Berlin

Prof. Dr. Beata Molo, Krakau

Prof. Dr. Claus Montag, Potsdam

Dr. sc. Detlef Nakath, Potsdam

Prof. Dr. Götz Neuneck, Hamburg

Dr. Holger Politt, Warschau

Prof. h. c. Alexander Rahr, Berlin

Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel

Prof. Dr. Andrzej Sakson, Posen

Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden

Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn

Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Berlin

Dr. Justyna Schulz, Posen

Dr. sc. Wolfgang Schwarz, Berlin

Prof. Dr. Dieter Segert, Wien

Prof. Dr. Bulat Sultanov, Almaty

Dr. Hubert Thielicke, Berlin

Achim Wahl, Berlin

Prof. Dr. habil. Thadeusz Wallas, Posen

Dr. habil. Wolfram Wallraf, Fichtenwalde

Prof. Dr. Raina Zimmering, Berlin



Schöllgen, Gregor /
Schröder, Gerhard (2021):
Letzte Chance. Warum wir jetzt
eine neue Weltordnung brauchen.
DVA, München,
256 Seiten, 22 Euro.

Die einst gepriesene liberale Weltordnung steht unter Druck. Die Debatte läuft auf Hochtouren, weil sichtbar ist: Die *Pax Americana* ist am Ende. Wir leben in einer „Welt ohne Hüter“ (Herfried Münkler). Wie konnte es zum „Zusammenbruch der alten Weltordnung“ kommen? Wie könnte eine neue Weltordnung aussehen, die den geopolitischen Machtverschiebungen Rechnung trägt? Damit beschäftigen sich der Historiker Gregor Schöllgen und der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in diesem anregenden Buch.

Das Vorwort beginnt mit einer düsteren Bestandsaufnahme: „Die Welt liegt im Koma. Paralytisch und apathisch verfolgen wir die epidemische Zunahme von Krisen, Kriegen und Konflikten aller

Art.“ Der Westen, den es so gar nicht mehr gebe, sitze in seinen „überlebten Strukturen“ fest. Die USA, als „alte“ Führungsmacht des Westens, sind innenpolitisch tief gespalten und außenpolitisch verunsichert. In Zeiten des Kalten Krieges sei Europa das „unentbehrliche Stationierungs- und Aufmarschgebiet der amerikanischen Streitkräfte gewesen“ (S. 56), sollte es zu einem konventionell geführten Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt kommen. „Dieser Krieg konnte aus geostrategischen Gründen nur in Europa geführt werden“, meinen die Autoren; mit dem Ende des Kalten Krieges entfielen diese. Seitdem sei die „Rücksichtslosigkeit zur Signatur amerikanischer Interessenpolitik“ geworden. Die Beispiele dafür sind zahlreich, zwei der folgenreichsten: der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak und der Sturz des Gaddafi-Regimes, der das Chaos weiter verstärkte und das Terrain für den radikalen Islamismus bereitete. Zudem trugen die Auflösung der politischen und militärischen Strukturen zu einer Destabilisierung der Sahelzone und der Subsahararegion bei (S. 165f.).

Die EU falle solange als *Global Player* aus, wie sie unbeweglich im „intellektuellen Korsett des Kalten Krieges gefangen bleibt“ (S. 26). Die „rasante Autodemontage“

des Westens führt die Autoren zur Erkenntnis, dass die „Selbstzerlegung im Lichte der Geschichte“ nicht überraschend, sondern konsequent ist. Warum? NATO und EU seien in einer längst „versunkenen Welt“ entstanden, als Antwort auf die Herausforderungen des Kalten Krieges (S. 221). Die NATO hätte die „Gunst der Stunde“ nach der Auflösung des Warschauer Pakts nicht genutzt, diesem Abgang die eigene Auflösung folgen zu lassen und eine Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die Russland einschließt. Stattdessen habe die NATO osteuropäische Staaten aufgenommen und das Bündnisgebiet bis an die Grenze Russlands ausgedehnt. „Eine anachronistische und eine gefährliche Situation“, folgern die Autoren. Demnach lautet die Forderung, die sicher viele Transatlantiker verschrecken wird: Auflösung der NATO in ihrer bestehenden Form. Dieser Vorschlag ist nicht neu. Bereits im August 2019 erklärte Schöllgen dies in seinem *FAS*-Essay „Nato und EU sind nicht mehr nötig“. Europa müsse sich aus der „amerikanischen Vormundschaft“ lösen, will es ein eigenständiger Akteur sein. Gleichzeitig habe Europa ohne ein

belastbares Verhältnis zu Russland keine Zukunft. Deshalb sei eine Reform der EU notwendig, die aus dem Kreis der Eurogruppe angestoßen werden sollte. Dazu gehören die Durchsetzung des Mehrheitsentscheids, die Weiterentwicklung der Währungs- zu einer Fiskalunion, die Definition eines geschlossenen Rechtssystems und eine supranationale Armee im Rahmen einer Politischen Union. Schwierigen Akteuren der Weltpolitik wie China, Russland oder der Türkei sollte man nicht mit der „Logik des Kalten Krieges“ begegnen. Ein Dialog müsse auf Augenhöhe stattfinden. Ein überheblicher Westen werde dort nicht mehr akzeptiert.

Ob die Vorschläge des Buches realisierbar sind, sei dahingestellt. Die mahnende Streitschrift liest man mit Gewinn, weil sie den Finger in die Wunden des westlichen Bündnisses legt und streitbare Vorschläge anbietet, die hoffentlich eine Debatte anstoßen. Die Lektüre sollte aufrütteln, sofern der „Westen“ nicht als „verzagter Sieger der Geschichte“ (*NZZ*) enden möchte.

Majd El-Safadi, Berlin

Besuchen Sie unseren Web-Shop!

Welt Trends
Das außenpolitische Journal

bestellung@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de



Boehm, Omri (2020):
Israel – Eine Utopie.
Propyläen, Berlin,
256 Seiten, 20 Euro.

Drei Jahrzehnte nach der Nahost-Friedenskonferenz von Madrid haben sich die Konstellationen im israelisch-palästinensischen Verhältnis erneut deutlich verändert. Die in den 1990er Jahren favorisierte Zweistaatenoption wird angesichts forcierter Siedlungspolitik und der erklärten Absicht der israelischen Regierung, weite Teile des Westjordanlandes zu annektieren, zunehmend obsolet. Wie sähe eine demokratische Alternative aus?

Der Philosoph Omri Boehm plädiert in seinem in den USA und in Deutschland, nicht jedoch in Israel erschienenen Buch für einen radikalen „Umbau“ seines Landes – „vom jüdischen Staat in eine föderale, binationale Republik“ (S. 43f). Der gebürtige Haifaer, israelischer und zugleich deutscher Staatsbürger, lehrt

seit 2010 an der New School for Social Research in New York City. Boehms „Einstaatenplan“, die „Republik Haifa“, bezieht sich auf Visionen zionistischer Politiker, die vor dem Zweiten Weltkrieg – damit vor der Schoah – einen binationalen jüdisch-arabischen Staat in Palästina befürworteten. Er zitiert darüber hinaus den 1977 im Vorfeld der ägyptisch-israelischen Verhandlungen vorgestellten Autonomieplan Menachem Begins. Dieser enthielt den Vorschlag, die im Westjordangebiet und im Gazastreifen ansässigen Palästinenser sollten sich frei für die israelische oder die jordanische Staatsbürgerschaft entscheiden – aus heutiger Sicht eine durchaus progressiv anmutende Idee. Da das Konzept die PLO als politische Interessenvertretung der Palästinenser ausgrenzte und sich gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates richtete, war es jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Boehm empfiehlt einen „rekonstruierten Begin-Vorschlag, der das Recht beider Völker auf nationale Selbstbestimmung, ja sogar auf Souveränität in ihren eigenen, entlang der Grenzen von 1967 getrennten Staaten anerkennt, der aber ihre jeweilige Souveränität durch eine gemeinsame Verfassung regelt, die grundlegende

Menschenrechte, Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Freiheiten für alle im gesamten Territorium garantiert“ (S. 56).

Interessanter als der Begin-Plan dürften Überlegungen sein, die nach dem Scheitern der Oslo-Ver einbarungen formuliert wurden. So setzt sich die israelisch-palästiniensische Initiative „Zwei Staaten – eine Heimat“ für eine Zweistaatenregelung innerhalb einer Föderation ein. Bemerkenswert auch die „Alternative zur Zweistaatenlösung“ des israelischen Schriftstellers A. B. Jehoschua, die von einer „De-facto-Partnerschaft“ spricht und ebenfalls eine „Israelisch-Palästinensische Föderation“ vorsieht.

Boehm stellt eine Reihe zionistischer Tabus infrage. Er fordert, israelische Bürgerinnen und Bürger – Juden wie Araber – sollten gleichermaßen der Schoah wie der Nakba gedenken. Teile der Zivilgesellschaft verstoßen seit Jahren gegen das betreffende staatlich verordnete Sakrileg bzw. gegen andere politikorientierte Tabus. Verwiesen sei auf Seminare des Ghetto Fighters-Museums in Galiläa oder auf den „Alternativen Erinnerungstag“, der seit 2006 in Tel Aviv jährlich Tausende Israelis, gemeinsam mit Palästinensern, zusammenführt und die Opfer des Konflikts auf


beiden Seiten in Erinnerung ruft. Linksliberalen Intellektuellen wie David Grossman oder Amos Oz dagegen zu unterstellen, sie hätten ihre Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit verraten (S. 53f; 150ff), scheint in diesem Kontext zumindest kontraproduktiv zu sein. Linkszionistische Patrioten wie sie prangern beharrlich nicht nur die Okkupation an, sondern geben auch vielfältige Anstöße für progressive gesellschaftliche Veränderungen im Land und in der Region. Zu fragen ist zudem, ob das von Boehm anvisierte demokratische, jüdisch-arabische Gemeinwesen ohnehin nur als säkularer Staat denkbar wäre und inwieweit sich in ihm soziale Klüfte auf nationaler Grundlage verfestigen bzw. neue Konfrontationen aufbrechen würden.

Zusammengefasst sei dem Autor zugestimmt, dass „die Gründung der Republik Haifa (...) vorerst ein utopischer Traum“ bleiben dürfte (S. 229). Neben der demokratischen Zukunftsvision bietet das Buch jedoch Anlass, über das aktuelle Geschehen in Israel, Palästina und Deutschland neu nachzudenken. In diesem Sinne ist der Publikation eine breite Leserschaft zu wünschen.

Angelika Timm, Berlin

Zum Artikel „Tansania: Der widersprüchliche Autokrat“ von Andreas Bohne und Katrin Voß, WT 171

Der Artikel beschreibt richtig die Situation in Tansania und ihre Widersprüche. Manches in dem Beitrag erscheint mir aber unvollständig. So haben Beobachter von einer verbesserten innerparteilichen Demokratie innerhalb des CCM und der Korruptionsbekämpfung berichtet. „Bila Rushwa“ (Ohne Bestechung) war ein Wahlslogan des CCM. In vielen Wahlbezirken traten mehr Kandidaten an; für den Präsidentschaftskandidaten der Teilrepublik Sansibar gingen über 40 Personen ins Rennen. Der Artikel endet mit der Verhaftung des Spitzenkandidaten der Opposition auf Sansibar, Seif Sharif Hamid, am Wahltag. Nach wenigen Stunden wieder freigelassen, wurde Hamad am 8. Dezember 2020 zum Ersten Vizepräsidenten Sansibars gewählt. Der größte Schaden, den Magufuli seinem Land zugefügt hat, war die Leugnung von Corona. Mittlerweile hat die Corona-Welle Tansania erreicht. Erstes prominentes Opfer war der erwähnte Vizepräsident Seif Hamad, der am 17. Februar an Covid-19 verstarb. Weitere Personen aus dem Regierungsapparat starben, am Ende auch der Präsident. Ob an Corona oder an Herzversagen bleibt unerheblich. Am 17. März verkündete Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan den Tod des Präsidenten.

Die Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan war schon seit 2015 Vizepräsidentin an der Seite Magufulis. Sie ist Frau, Muslimin und Sansibari. Mit ihrer Vereidigung am 19. März 2021 ist sie die erste Frau an der Spitze Tansanias. Wie sich „Mama Samia“ in der von Männern dominierten Gesellschaft durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Übrigens: Eine weibliche Form für „Präsidentin“ gibt es nicht, die Sprache Suaheli kennt bei Berufsbezeichnungen keine männlichen oder weiblichen Formen, es sind einfach Menschen. 

Kilian Kindelberger, Potsdam

Zur Rezension von Emad Alali zum Buch „Euro-Islam“ von Bassam Tibi, WT 172

Emad Alali beschreibt die Fehler, die Bassam Tibi alle in der Neuauflage seiner Studie zum „Euro-Islam“ unterlaufen. Das Dumme ist nur, man kennt all diese Vorwürfe zur Genüge. Tibi habe Unrecht, die Möglichkeiten des Islams zur Transformation in Richtung einer westlichen Demokratie so eklatant zu leugnen. Selbiger sei vielmehr auf dem

Weg, würde man im Westen nur den rationalen Dialog mit den richtigen „zeitgenössischen arabischen Denkern“ pflegen. Die islamische Bevölkerung in den arabischen Ländern ist auch nicht wegen ihrer Traditionen arm geblieben, sondern weil die Regierungen von Saudi-Arabien und die Ölmilliardäre in diesem Raum nichts für die Entwicklung vor Ort leisten. Die unverschämten Türme des Reichtums, die sie installiert haben, sprechen die Sprache der Realität. Mithin hat Tibi Recht. Ohne eine demokratische, europäische Leitkultur kann keine Integration gelingen. Die Vernunft, die Alali einfordert, liegt ganz auf Tibis Seite. 🌐

Jakob Schissler, Sauvo in Finnland

Zum Interview mit Cynthia Enloe, WT 173

Schaut man sich in der Weltgeschichte um, so stellt man fest, dass Kleopatra VII., Elisabeth I., Katharina II., Golda Meir, Indira Gandhi und Hillary Clinton (als Außenministerin) dieselben Interessenkriege ihrer Staaten geführt haben wie ihre männlichen Pendants. Kamala Harris wird das ebenso tun. Weil die Interessen von Staaten kein Geschlecht haben. Das zeigen auch Frau Merkel, von der Leyen und AKK. Wissenschaftlich betrachtet ist das so etwas wie „Deutsche Physik“.

Man kann die Aufstellung noch verlängern. Sirimavo Bandaranaike, die 1960 in Ceylon die erste Premierministerin der Welt wurde und im Ausland große Hochachtung genoss, hat den antikolonialen Staat als singhalesischen Staat aufgebaut, in dem Sinhala statt Englisch Amtssprache wurde, deshalb dann „Sri Lanka“. Daher resultierte der Widerstand der im Lande lebenden Tamilen, der in den Terrorismus der LTTE (Tamil Tigers) mündete. Bandaranaikes Tochter Chandrika Kumaratunga war von 1994 bis 2005 Präsidentin. Sie versuchte zunächst, mit den Tamilen zu verhandeln, ging dann zur militärischen Niederschlagung über, die ihre Nachfolger mit einem Krieg beendeten, in dem Zehntausende starben. Kurzum: Ich vermag nicht zu sehen, dass in Innen- und Außenpolitik irgendetwas besser ist, wenn Frauen statt Männer regieren. Die feministischen Grundannahmen halten einer empirischen Fallanalyse nicht stand. Die Ausrede ist immer, sie müssten sich in einer männerdominierten Gesellschaft bewegen, und wenn die anders codiert wäre, würde das anders. Das ist Mumpitz. Im Grunde reden wir hier über die „Welt als Wille und Vorstellung“, nicht über die realexistierende. 🌐

Bruni Butzke, Berlin

NATO: Vom „Hirntod“ zur globalen Reichweite?

Hubert Thielicke

Im Interview mit dem britischen Magazin *The Economist* im Herbst 2019 zeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron ein düsteres Bild der NATO und bescheinigte ihr gar den „Hirntod“. Macrons Worte lösten eine heftige Diskussion innerhalb der Allianz aus. Bundeskanzlerin Merkel hielt „einen solchen Rundumschlag“ nicht für nötig, auch wenn es Probleme gebe. Den Regierenden Polens und der baltischen Staaten missfiel insbesondere die Bereitschaft Macrons zu einem Dialog mit Russland. Damit stand die NATO auf ihrem Londoner Gipfel Anfang Dezember 2019, der eigentlich der Feier ihres 70-jährigen Jubiläums dienen sollte, vor einem schwierigen Problem. Generalsekretär Stoltenbergs Lösung: eine *Reflection Group*, geleitet von Thomas de Maizière, ehemaliger deutscher Innen- bzw. Verteidigungsminister, und Wess Mitchell, damals ein stellvertretender Außenminister der Trump-Administration. Ihr Ende letzten Jahres vorgelegter Bericht *NATO 2030: United for a New Era* soll die Basis bilden für die Vorschläge, die Stoltenberg dem diesjährigen NATO-Gipfel vorlegen will und die zu einem neuen strategischen Konzept der NATO führen sollen.


Die mehr als hundert Empfehlungen der Expertengruppe reichen von der Stärkung der politischen Rolle der NATO über Energiesicherheit und Klimaschutz bis zu Strukturfragen der Organisation. Worum geht es im Kern? *Erstens* werden „Zusammenhalt und Konvergenz“ (*cohesion and convergence*) beschworen. Die eingegangenen Verpflichtungen, vor allem das Zwei-Prozent-Ziel, müssten erfüllt werden. *Zweitens* solle die „geopolitische und ideologische Herausforderung durch Russland und China“ abgewehrt werden. Das strategische Umfeld sei gekennzeichnet durch die „systemische Rivalität eines beharrlich aggressiven Russlands“ und den Aufstieg Chinas. Im Klartext: Wenn man das Bündnis zusammenhalten will, braucht man nun mal Gegner.

Aber es geht noch viel weiter. Man hat nicht nur den „euroatlantischen Raum“ im Blick, sondern denkt an eine globale Wirkungsweise – von einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit mit den eigentlich neutralen EU-Mitgliedern Finnland und Schweden über engere Bindungen mit der Ukraine und Georgien bis hin zu Interventionen in Afrika und Partnerschaften im Indo-Pazifik und Asien – mit Australien, Japan, Indien, Südkorea. Im Gespräch ist bereits eine „globale Arbeitsteilung“,

wie es Wess Mitchell, Co-Vorsitzender der *Reflection Group*, auf einer Veranstaltung des German Marshall Fund im März nannte. Während sich die „Europäer“ auf Russland konzentrieren sollten, stünde Asien für die USA im Vordergrund. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO wäre auch in dieser Hinsicht von großer Bedeutung, ergo noch mehr Aufrüstung.

Dass trotz genereller Bekenntnisse zur NATO Differenzen im Hinblick auf das künftige strategische Konzept bestehen, zeigte sich auf der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar. Man müsse sich auf den langfristigen strategischen Wettbewerb mit China vorbereiten, wofür das Zusammenwirken von „USA, Europa und Asien“ wichtig wäre, so US-Präsident Biden. Das gelte auch gegenüber der Bedrohung durch Russland. Allerdings ließ Bundeskanzlerin Merkel das Interesse an Kooperation mit Moskau erkennen. China sei zwar ein systemischer Wettbewerber, man brauche es aber zur Lösung globaler Probleme. Versteht sich, dass dahinter auch das Interesse an weiterer Wirtschaftskooperation steht.

Prononciert sprach sich Präsident Macron für eine komplett neue Sicherheitsagenda aus, die auch den Dialog mit Russland einschließen solle. Er machte deutlich, dass die von ihm vertretene „strategische Autonomie Europas“ ein neues Gleichgewicht im transatlantischen Verhältnis zum Ziel habe. „Europa“ und die USA als pazifische Macht hätten nun mal nicht die gleichen Prioritäten. Unter Berufung auf die strategischen Grundsätze von General de Gaulle scheint „NATO 2030“ im französischen Militär auf Kritik zu stoßen. Ehemalige Generäle und höhere Offiziere des *Cercle de Réflexion Interarmées* betonten in einem offenen Brief an NATO-Generalsekretär Stoltenberg, Frankreich könne „dem abenteuerlichen Konzept niemals zustimmen, das Europa unter amerikanische Vorherrschaft stellen will“.

Fazit: Die Biden-Administration drängt auf eine „Eindämmung“ Chinas und Russlands mit Hilfe der Verbündeten und Partner. Aber dient das auch deren Interessen? 

Dr. Hubert Thielicke

geb. 1949, Politikwissenschaftler und Journalist, Mitglied des *WeltTrends*-Beirates und Senior Research Fellow des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

thielicke@pr-medienberatung.de



Beim Wort genommen:

„Wenn zwei das Gleiche tun, ...

... ist das noch lange nicht dasselbe.“

Sanktionen-Ping-Pong vs. Dialog

„Die Maßnahmen Pekings sind weder nachvollziehbar noch akzeptabel. ... Wir haben Menschen sanktioniert, die gegen Menschenrechte verstoßen haben. Die Chinesen haben Parlamentarier und wissenschaftliche Organisationen sanktioniert.“

Außenminister Heiko Maas , dpa-AFX, 22. März 2021

„Die Bundeskanzlerin und der Staatspräsident stimmten überein, dass die anstehenden deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen zur vertieften Arbeit an bilateralen Aufgabenstellungen genutzt werden sollten. Die Bundeskanzlerin unterstrich die Bedeutung des Dialogs hinsichtlich der gesamten Bandbreite der Beziehungen, einschließlich solcher Themen, bei denen Meinungsverschiedenheiten bestehen.“

Pressemitteilung der Bundesregierung vom 7. April 2021
zum Telefonat von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Xi Jinping

Er hat meine volle Unterstützung – noch
nicht mein volles Vertrauen !!



Maas kann aufatmen ...

Hiermit bestelle ich

- ☐ ein Jahresabo (12 Hefte) zum Preis von 58,- €
- ☐ ein ermäßigtes Abo (12 Hefte) zum Preis von 48,- €
(Studierende, Rentner, ALG-II-Bezieher)
- ☐ ein Institutionenabo (12 Hefte) zum Preis von 98,- €
- ☐ ein E-Abo (12 Hefte als PDF) zum Preis von 28,- €
- ☐ ein Kombi-Abo (12 Hefte als PDF und Print) zum Preis von 78,- €
- ☐ Expl. der Ausgabe Nr. zu je 5,80 € (zzgl. Porto)
Für Auslandssendungen wird ein gesondertes Porto erhoben.

Zahlung erfolgt per Rechnung, die Abonnements sind jederzeit kündbar.

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

.....
E-Mail-Adresse

.....
Datum / Unterschrift

Oder hier bestellen: bestellung@welttrends.de | Fax 0331 / 721 2036 | www.welttrends.de



Welt Trends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26-52
D-14482 Potsdam

Die nächste *WeltTrends*-Ausgabe: Nr. 176 | Juni 2021

Südostasien heute

Myanmar: Von Coup zu Coup

Vietnam: Verblasster Kommunismus

Kambodscha: Von Pol Pot zu Hun Sen

Weiterhin

Forum: Russische Außenpolitik



» Gibt's das auch
in digital? «



WeltTrends im E-Abo

Jetzt Preisvorteile nutzen!

Elektronisches Abo abschließen und sparen.
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

welttrends.de/abo

